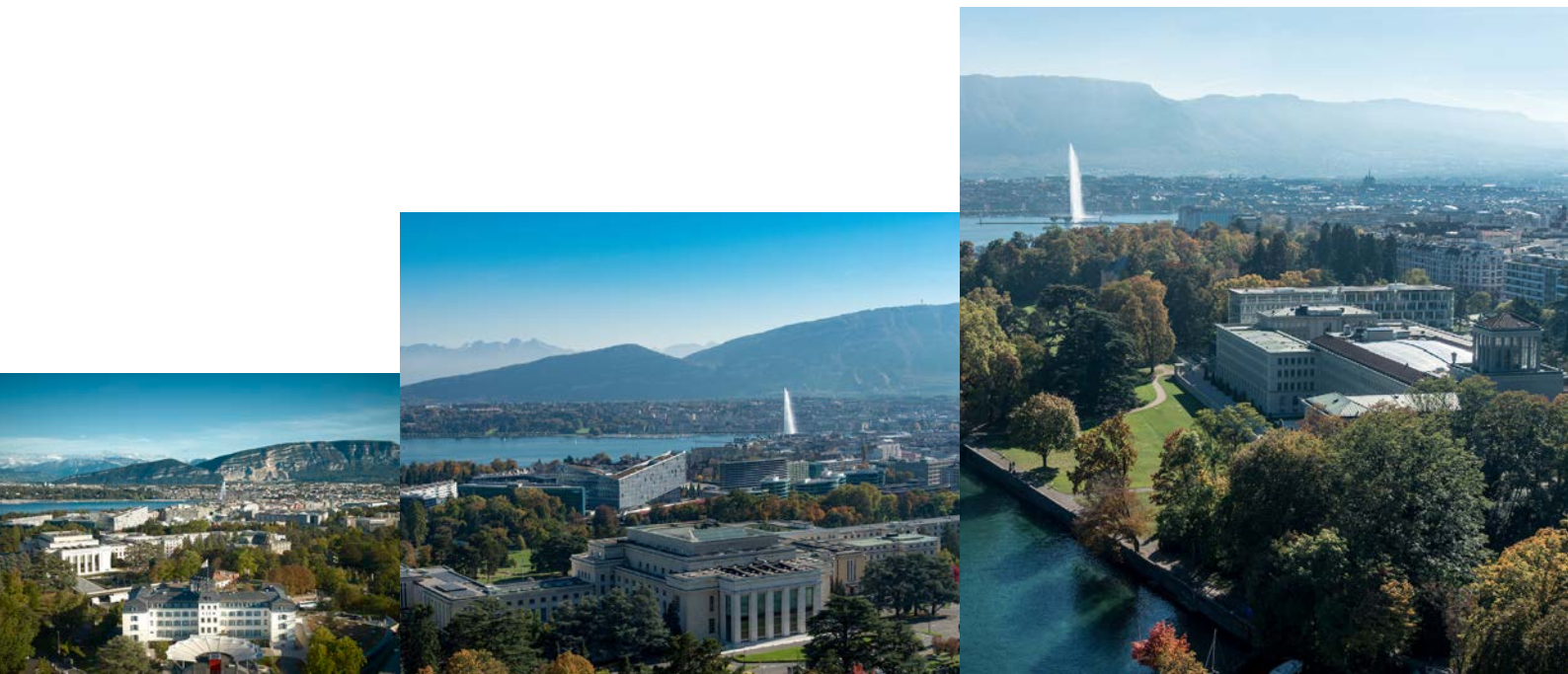


GENÈVE, EINE STADT MIT INTERNATIONALER BERUFUNG

Die Rolle von Genf in der internationalen Zusammenarbeit verstehen





INHALTSVERZEICHNIS

EINLEITUNG	2
ALLGEMEINE INFORMATIONEN	3
Ökosystem des internationalen Genf	3
Begriffsbestimmungen	3
Esprit de Genève	4
Schweizer Neutralität und diplomatisches Know-how	4
Unterrichtsaktivität: Debatte über die Neutralität	6
GENÈVE, EIN ZUFLUCHTSORT	9
Das protestantische Genf	9
GENÈVE, EIN IDEALER ORT FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES RECHTS	11
Henri Dunant und die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung	11
Genfer Konventionen	12
Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK)	12
Alabama-Schiedsverfahren	13
Unterrichtsaktivität: Der Weg des Kriegsgefangenen Hugo Pratt	14
GENÈVE, HAUPTSTADT DER GLOBAL GOVERNANCE	17
Völkerbund (SDN)	17
Internationale Arbeitsorganisation (ILO)	18
Internationale Schule Genf (Ecolint)	19
Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung (IHEID)	19
Die Genfer Erklärung	20
Internationales Büro für Bildung (IBE)	20
Unterrichtsaktivität: Wie würde Ihre Genfer Erklärung lauten?	21
GENÈVE, GLOBALES ZENTRUM FÜR TECHNISCHE FACHKOMPETENZ	23
Europäischer Sitz der Vereinten Nationen	23
GATT und Welthandelsorganisation (WTO)	24
Internationale Organisation für Normung (ISO)	25
Weltgesundheitsorganisation (WHO)	26
Internationale Fernmeldeunion (ITU)	27
Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR)	28
Weltorganisation für Meteorologie (WMO)	29
Europäische Organisation für Kernforschung (CERN)	30
Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO)	31
Unterrichtsaktivität: Quiz	32
GENÈVE, INNOVATIONSTREIBER DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT	36
Weltwirtschaftsforum (WEF)	35
Weltklimarat (IPCC)	35
Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (UNHCHR)	36
Globale Impfallianz (GAVI) und Globaler Fonds	37
Geneva Science Diplomacy Anticipator (GESDA)	38
Das Internationale Genf von morgen	38
Unterrichtsaktivität: Simulation einer Pressekonferenz zur KI-Regulierung	40
AKTEURE, DIE SICH FÜR DAS INTERNATIONALE GENÈVE ENGAGIEREN	42
QUELLEN UND ABKÜRZUNGSVERZEICHNIS	44

Die Aufnahme von Reformierten aus ganz Europa, die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und die erste Genfer Konvention, das Alabama-Schiedsverfahren sowie später der Völkerbund und die UNO haben unserem Land eine echte internationale Berufung verliehen. Von Handel und Frieden über humanitäre Hilfe und Wissenschaft bis hin zu Gesundheit, geistigem Eigentum, Umwelt, Menschenrechten und Telekommunikation: Genf vereint Kompetenzzentren, die sich mit praktisch allen globalen Herausforderungen befassen. Prüfnormen für die Wirksamkeit von Sonnenschutzmitteln, Internetzugang, Kartenzahlungen oder Wetterwarnungen: Was täglich in Genf entschieden wird, prägt den Alltag von Menschen auf der ganzen Welt.

Das sogenannte Internationale Genf – bestehend aus internationalen Organisationen, NGOs, ständigen Vertretungen und Forschungseinrichtungen – ist ein wertvolles Instrument der Schweizer Aussenpolitik und macht die Schweiz zu einer gefragten Ansprechpartnerin für internationale Fragen.

Dieses Dossier begleitet den beim Helvetiq Verlag erschienenen Comic *Code critique* und bietet vertiefende Informationen zur internationalen Rolle Genfs. Wie ist das Internationale Genf entstanden? Welche konkrete Funktion erfüllt es? Warum ist es für uns als Einzelpersonen, für die Schweiz und vor allem für die Welt von Bedeutung? Ohne Anspruch auf Vollständigkeit erläutert dieses Dossier, was unter dem Internationalen Genf zu verstehen ist. Es gibt einen Überblick über seine historischen Ursprünge, die Arbeit der wichtigsten internationalen Organisationen, die es prägen, und seine Fähigkeit, sich weiterzuentwickeln. Denn das Internationale Genf ist keineswegs statisch: Es erneuert und verändert sich laufend, um auf die Herausforderungen zu reagieren, vor denen die Welt steht.

Das Dossier richtet sich an Lehrpersonen der Sekundarstufen I und II und dient dazu, bestimmte Themen aus dem Comic zu vertiefen. Jedes Kapitel kann unabhängig behandelt werden und enthält eine Unterrichtsaktivität – etwa ein Quiz, eine kreative Aufgabe oder eine Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern. Das Internationale Genf eignet sich besonders für einen fächerübergreifenden Unterricht. Es eröffnet Zugänge zu Themen aus Recht, Wirtschaft, Politischer Bildung, Philosophie, Geografie und Geschichte.

Workshops der Fondation pour Geneve und der Eduki-Stiftung können im Unterricht oder in den Räumlichkeiten der beiden Institutionen im Herzen des Internationalen Genf durchgeführt werden. Die Workshops behandeln folgende Themen:

1. KI, die Welt und ich
2. Genf – Zentrum der internationalen Zusammenarbeit

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.fondationpourgeneve.ch/accompagnement-bd/>

ALLGEMEINE INFORMATIONEN

DAS ÖKOSystem DES INTERNATIONALEN GENF



186

diplomatische Vertretungen
ständige Vertretungen bei den
Vereinten Nationen im Jahr 2026



42

internationale Organisationen
in Genf im Jahr 2026



> 490

Nichtregierungsorganisati-
onen
(NGOs) in Genf im Jahr 2026



6'570

internationale Treffen
seit 2023 in Genf

BEGRIFFSBESTIMMUNGEN

Internationale Organisation

Eine internationale Organisation ist ein Zusammenschluss von Staaten, der durch einen internationalen Vertrag gegründet wird, um in einem oder mehreren Bereichen – etwa Politik, Wirtschaft, Soziales oder humanitäre Hilfe – zusammenzuarbeiten. Sie verfügt über eigene Organe, etwa eine Versammlung, ein Sekretariat oder einen Rat, und besitzt internationale Rechtspersönlichkeit. Das bedeutet, dass sie unabhängig von ihren Mitgliedstaaten im eigenen Namen handeln kann, etwa indem sie Abkommen schliesst oder Klage erhebt.

Beispiele: Vereinte Nationen (UNO) und Weltgesundheitsorganisation (WHO)

Nichtregierungsorganisation (NGO)

Eine Nichtregierungsorganisation (NGO) ist eine private, von Regierungen unabhängige und nicht gewinnorientierte Organisation, die Bevölkerungsgruppen unterstützt oder sich für bestimmte Anliegen einsetzt. NGOs werden von Bürgerinnen und Bürgern – nicht von Staaten – gegründet und können in mehreren Ländern tätig sein. Einige arbeiten mit grossen internationalen Organisationen zusammen. Mehr als 6'400 NGOs verfügen beispielsweise über einen Konsultativstatus beim Wirtschafts- und Sozialrat der UNO (ECOSOC).

Beispiele: Ärzte ohne Grenzen, Greenpeace, Amnesty International

Ständige Vertretung

Eine ständige Vertretung ist die offizielle Vertretung eines Staates bei einer internationalen Organisation wie der UNO. Diese Vertretungen wurden durch das Wiener Übereinkommen von 1961 formell geschaffen. Ihre Aufgabe ist es, ihr Land zu vertreten, an Sitzungen und Verhandlungen der Organisation teilzunehmen und die Positionen ihrer Regierung einzubringen. Auch Nichtmitgliedstaaten und zwischenstaatliche Organisationen können Beobachterstatus erhalten. Damit können sie die Arbeit der UNO verfolgen, ohne jedoch stimmberechtigt zu sein.

Beispiel: Die Ständige Vertretung der Schweiz bei der UNO und den anderen internationalen Organisationen in Genf wurde 1966 eröffnet und vertritt das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA).

Vertrag / Konvention

Im Völkerrecht bezeichnen die Begriffe «Vertrag» und «Konvention» schriftliche Vereinbarungen zwischen Staaten – oder mitunter internationalen Organisationen –, mit denen Rechte und Pflichten zwischen den Vertragsparteien geschaffen werden. Sie gehören zu den wichtigsten Rechtsquellen des Völkerrechts. Im allgemeinen Sprachgebrauch wird «Vertrag» häufig für besonders feierliche oder grundlegende Abkommen verwendet, etwa Friedens-, Grenz- oder Freundschaftsverträge. «Konvention» bezeichnet eher bedeutende multilaterale Abkommen, die oft im Rahmen internationaler Organisationen ausgehandelt werden.

Beispiele: Genfer Konvention von 1949, Vertrag von Versailles

Gaststaat

Als Gaststaat wird das Land bezeichnet, in dessen Hoheitsgebiet sich der Sitz oder ein Büro einer internationalen Organisation befindet oder in dem eine offizielle Sitzung beziehungsweise Konferenz einer internationalen Organisation stattfindet.

Beispiel: Die Schweiz ist Gaststaat des Büros der Vereinten Nationen in Genf (UNOG)

Multilateralismus

Multilateralismus bezeichnet ein koordiniertes gemeinsames Vorgehen von mindestens drei Staaten, die erkennen, dass es in ihrem Interesse liegt, gemeinsam Probleme zu lösen, die sie allein nicht bewältigen könnten.

DER ESPRIT DE GENÈVE

Der Esprit de Geneve bezeichnet ein Bündel von Werten wie Humanismus, soziale Gerechtigkeit und Unabhängigkeit, die von verschiedenen historischen Persönlichkeiten, Autorinnen und Autoren sowie internationalen Organisationen mit Bezug zu Genf verkörpert werden. Der Genfer Schriftsteller Robert de Traz stellte diese Werte 1929 in einem Werk besonders heraus.

Als Zentrum der Global Governance steht Genf für Weltoffenheit. Deren Wurzeln reichen bis ins 16. Jahrhundert zurück, als zahlreiche protestantische Glaubensflüchtlinge hier Zuflucht fanden. Die Gründung des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz und die Unterzeichnung der ersten Genfer Konvention im Jahr 1864 legten die Grundlagen des humanitären Völkerrechts und stärkten Genfs internationale Rolle nachhaltig. Dieser Esprit de Geneve zeigt sich bis heute darin, dass Genf internationale Organisationen beherbergt, hochrangige diplomatische Treffen ausrichtet und sich für Dialog und Frieden engagiert.

«In vielerlei Hinsicht verkörpert Genf die Werte, für die die Vereinten Nationen eintreten: Es ist ein Ort der Toleranz, des Friedens und der Demokratie; ein Treffpunkt von Sprachen, Religionen und Kulturen, von Zivilgesellschaft, Privatwirtschaft und öffentlichem Sektor – kurz: ein Ort der Menschheit in ihrer ganzen Vielfalt.»

Kofi Annan
ehemaliger Generalsekretär
der Vereinten Nationen

DIE SCHWEIZER NEUTRALITÄT

Nach der Schlacht von Marignano 1515 entschied sich die Schweiz, neutral zu bleiben. Völkerrechtlich anerkannt wurde die schweizerische Neutralität jedoch erst 1815 am Wiener Kongress.

Die Schweizer Neutralität ist:



frei gewählt

Die Schweiz kann daher auf sie verzichten, wenn dies zur Wahrung ihrer nationalen Interessen notwendig sein sollte.



Dauerhaft

Die Neutralität ist zeitlich nicht befristet.



Armee

Ein neutraler Staat muss in der Lage sein, sein Hoheitsgebiet im Falle eines Angriffs von aussen zu verteidigen.

Die Neutralität eines Staates beruht auf dem **Neutralitätsrecht** und auf der **Neutralitätspolitik**.

Die Schweiz ist seit 2002 Mitglied der UNO. Der UNO-Sicherheitsrat kann Massnahmen beschliessen, die für alle Mitglieder verbindlich sind. Dies widerspricht der schweizerischen Neutralität jedoch nicht, denn der Sicherheitsrat handelt im Auftrag der Staatengemeinschaft, um den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wiederherzustellen. Dieser Grundsatz erlaubt es der Schweiz, eine Interessenabwägung vorzunehmen und ihre Neutralitätspolitik anzupassen, um sich internationalen Sanktionen gegen einen Staat anzuschliessen, der gegen das Völkerrecht verstossen hat.

→ Das **Neutralitätsrecht** umfasst sämtliche Regeln des Völkerrechts, die neutrale Staaten und kriegführende Staaten in einem internationalen bewaffneten Konflikt einhalten müssen. Das Neutralitätsrecht wurde in den Haager Abkommen von 1907 kodifiziert, die die Schweiz 1910 ratifizierte. Sie sind die einzigen internationalen Abkommen, die das Neutralitätsrecht regeln; dieses entwickelt sich im Übrigen durch das Völkergewohnheitsrecht weiter. Sie verpflichten einen neutralen Staat, sich an keinem internationalen bewaffneten Konflikt zu beteiligen und den kriegführenden Parteien weder Truppen noch sein Hoheitsgebiet zur Verfügung zu stellen. Die kriegführenden Parteien sind ihrerseits verpflichtet, die Unverletzlichkeit des Hoheitsgebiets des neutralen Staates zu achten. Das Neutralitätsrecht schliesst deshalb die Mitgliedschaft in Militärbündnissen mit gegenseitiger Beistandspflicht wie der NATO aus.

KONKRETES BEISPIEL

Als die USA 2003 ohne Mandat des UNO-Sicherheitsrats den Irak angriffen, wandte die Schweiz das Neutralitätsrecht an. Sie untersagte den kriegführenden Parteien das Überfliegen ihres Hoheitsgebiets; ausgenommen waren humanitäre Flüge. Zudem untersagte sie die Ausfuhr von Kriegsmaterial an die am Konflikt beteiligten Staaten. Nach dem Neutralitätsrecht dürfen private Schweizer Unternehmen grundsätzlich mit Konfliktparteien Handel treiben. Kriegsmaterialexporte unterliegen jedoch einer staatlichen Bewilligungspflicht. Damit kann der Staat verhindern, dass in der Schweiz hergestelltes Kriegsmaterial im Konflikt eingesetzt wird.

→ Die **Neutralitätspolitik** umfasst sämtliche Massnahmen, die ein neutraler Staat ergreift, um die Glaubwürdigkeit und Wirksamkeit seiner Neutralität zu gewährleisten. Die Schweiz kann sie daher unter Berücksichtigung ihrer aussen- und sicherheitspolitischen Interessen flexibel anpassen. Neben den völkerrechtlich festgelegten Rechten und Pflichten berücksichtigt die Neutralitätspolitik die nationalen Interessen, die internationale Lage sowie Geschichte und Tradition des Landes. Neutralität ist somit kein starrer Status. Die Schweiz gestaltet ihre Neutralitätspolitik je nach internationalem Umfeld und innenpolitischer Lage flexibel, um ihre Unabhängigkeit, Sicherheit und ihren Wohlstand zu wahren.

KONKRETES BEISPIEL

Ende Februar 2022 griff Russland die Ukraine militärisch an. Damit verletzte Russland grundlegende Normen des Völkerrechts. Der Bundesrat übernahm die Sanktionen der Europäischen Union gegen Russland. Bei diesem Entscheid berücksichtigte er das Neutralitätsrecht und die Neutralitätspolitik ebenso wie aussen- und aussenwirtschaftspolitische Aspekte.

Dank ihrer Neutralität, ihrer humanitären Tradition, ihrer Erfahrung und ihres diplomatischen Know-hows geniesst die Schweiz in der Friedensförderung hohe Glaubwürdigkeit. Dieses Ansehen hat wesentlich dazu beigetragen, die Schweiz als idealen Standort für internationale Organisationen zu positionieren.

Doch die Welt, in der wir leben, verändert sich. Krisen und Konflikte haben sich in den vergangenen Jahrzehnten grundlegend gewandelt und finden heute nicht mehr ausschliesslich zwischen Staaten statt. Diese Entwicklung wirft Fragen zum Neutralitätsrecht auf, das auf neue Konfliktformen wie innerstaatliche Konflikte oder Cyberangriffe, die keiner territorialen Logik folgen, nur begrenzt zugeschnitten ist.

Mehr zur Neutralität

Die Neutralität der Schweiz
Schweizerische Eidgenossenschaft, EDA



Neutralität: Was macht die Schweiz im
Kriegsfall?
Artikel vom 20. Mai 2025, Swissinfo



Die schweizerische Neutralität
Videomaterial, Nachrichten und Quiz der RTS



DAS DIPLOMATISCHE KNOW-HOW DER SCHWEIZ

Als neutraler Staat pflegt die Schweiz eine lange Tradition diplomatischen Know-hows und diskreter Vermittlung. Im Rahmen ihrer sogenannten «Guten Dienste» unterstützt die Schweiz Staaten, die sich in einem Konflikt befinden, und vermittelt zwischen den gegnerischen Parteien. So vertrat die Schweiz beispielsweise die Interessen der USA im Iran und in Kuba und vermittelte bei Gesprächen zwischen der Türkei und Armenien, die 2009 zu den Zürcher Protokollen führten. Die Schweiz ist zudem Gastgeberin hochrangiger Treffen zwischen Staats- und Regierungschefs und bietet dafür einen sicheren, neutralen Raum für den Dialog – mitunter vertraulich und abseits der medialen Öffentlichkeit. So fand 1985, gegen Ende des Kalten Krieges, in Genf ein Gipfeltreffen zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Staatschef Michail Gorbatschow statt; 2021 trafen sich dort US-Präsident Joe Biden und der russische Präsident Wladimir Putin.

Die diplomatischen Prozesse, an denen die Schweiz beteiligt ist, werden vom Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA) geführt. Mit der Gründung des Bundesstaates 1848 entstand das Eidgenössische Politische Departement (EPD, heute EDA), das für die Aussenpolitik zuständig war und zunächst nur über bescheidene Mittel verfügte. Der Beitritt der Schweiz zum Völkerbund im Jahr 1920 trug dazu bei, diese Aktivitäten auszubauen.

«Diplomatie ist vielschichtig. Sie findet nicht nur auf dem roten Teppich, an Konferenzen oder bei Empfängen statt. Diplomatie geschieht vor, während und nach Verhandlungen. Diplomatie schafft Beziehungen und Verbindungen. Sie kann Konflikte verhindern und vermitteln, wenn die Parteien nicht mehr miteinander sprechen. Diplomatie ist nie statisch.»

Ignazio Cassis
Bundesrat, Vorsteher des EDA

DEBATTE IM UNTERRICHT

Für oder gegen die Neutralität der Schweiz?

Dauer: ca. 1 Stunde

Zielgruppe: Klassen der Sekundarstufe I und II

Empfohlene Fächer: Politische Bildung, Recht, Geografie, Philosophie

Lernziele

- Argumentationskompetenz entwickeln: eine These formulieren, begründen und auf Einwände reagieren
- Aktives Zuhören und geordnete Wortmeldungen üben
- Zur kritischen Auseinandersetzung mit einem gesellschaftspolitischen Thema anregen
- Zusammenarbeit und respektvollen Umgang in einer Debatte fördern
- Den Schülerinnen und Schülern helfen, zwischen persönlicher Meinung und Argumentation zu unterscheiden

I. Einführung in das Thema

Die Lehrperson erläutert den Begriff der schweizerischen Neutralität und stellt die Fragestellung vor, über die debattiert wird.

II. Regeln in Erinnerung rufen

Was ist eine Debatte?

Eine Debatte ist eine strukturierte Diskussion, in der die Teilnehmenden ihre Argumente zu einer klar umrissenen Frage darlegen und einander gegenüberstellen. Alle vertreten ihren Standpunkt, hören den anderen aktiv zu und reagieren mit begründeten Argumenten. Ziel ist es, unterschiedliche Perspektiven zu prüfen, die zentralen Fragen zu klären und gemeinsam weiterzudenken.

Eine Debatte ist weder eine konflikthafte Konfrontation noch ein Austausch, der von Unterbrechungen, persönlichen Angriffen oder unbegründeten emotionalen Stellungnahmen geprägt ist. Es geht auch nicht darum, die eigene Meinung durchzusetzen, sondern um eine Übung in Analyse, Zuhören und rationaler Begründung.

Den Schülerinnen und Schülern werden folgende Regeln vorgestellt:

- Zuhören, ohne zu unterbrechen
- Jede Person respektieren, auch bei Meinungsverschiedenheiten
- Ideen kritisieren, nicht Personen
- Ruhig sprechen und angemessene Formulierungen verwenden
- Warten, bis man das Wort erhält, bevor man sich äussert

III. Rollenverteilung und Organisation

Gruppe A: «Für die Neutralität»

Gruppe B: «Gegen die Neutralität»

Gruppe C (3–4 Personen): Beobachtende und Moderierende mit folgenden Aufgaben:

- Den Verlauf der Debatte beobachten (Qualität der Argumente, Einhaltung der Regeln, Dynamik des Austauschs)
- Die Redezeit strikt überwachen (2–3 Minuten pro Wortmeldung)
- Das Wort erteilen und für einen reibungslosen Ablauf der Gesprächsrunden sorgen
- Darauf achten, dass die Beiträge sachbezogen bleiben (keine persönlichen Angriffe, keine Abschweifungen, keine unnötigen Wiederholungen)

IV. Argumente vorbereiten

Jede Gruppe hat 20 Minuten Zeit, eine fundierte Argumentation vorzubereiten.

- Eine Liste mit Argumenten erstellen
- Jedem Argument ein Beispiel, eine Begründung oder eine Veranschaulichung zuordnen
- Die Argumente der Gegengruppe vorwegnehmen und Antworten vorbereiten
- Für Phase 2 der Debatte, die dem Austausch von Argumenten gewidmet ist (siehe unten), sind folgende Rollen zu bestimmen:

2 Personen für die Replik (sie stellen Fragen) und 2 Personen für die Duplik (sie bekräftigen die Position der Gruppe)



Wie baut man ein Argument auf? Die Warum-Kette

Die Warum-Kette ist eine einfache Methode, um ein Argument zu stärken: Schritt für Schritt wird nach dem Grund gefragt, der die jeweilige Aussage rechtfertigt.

BEISPIEL

Idee

Es ist wichtig, die Ozeane zu schützen.

Warum?

Weil sie einen grossen Teil der weltweiten Biodiversität beherbergen.

Warum ist das wichtig?

Weil Biodiversität das Gleichgewicht der Ökosysteme erhält.

Warum betrifft uns das?

Weil diese Ökosysteme Sauerstoff und Nahrung liefern und das Klima regulieren.

V. Ablauf der Debatte

PHASE 1: EINGANGSSTATEMENTS (ca. 10 Min.)

Die Gruppen stellen nacheinander ihre Überlegungen und wichtigsten Argumente vor. Jede Gruppe hat 5 Minuten Zeit. Während dieser Phase hört die jeweils andere Gruppe zu, ohne einzugreifen, und notiert wichtige Punkte. Die Beobachtenden und Moderierenden achten auf die Einhaltung des Rahmens und erinnern bei Bedarf an die Regeln.

PHASE 2: AUSTAUSCH (ca. 10 Min.)

In dieser Phase tauschen sich die Gruppen strukturiert miteinander aus. Jede Austauschrunde besteht aus einer zweiminütigen Replik (Einwand) und einer anschliessenden zweiminütigen Duplik (Antwort). Wie viele Austauschrunden stattfinden, hängt von der Zeit ab, die der Lehrperson zur Verfügung steht.

Die Replikgruppe soll:

- Einen klaren Einwand formulieren oder um Präzisierung eines Arguments der Gegengruppe bitten
- Eine Schwachstelle, eine Lücke, einen Widerspruch oder einen klärungsbedürftigen Punkt aufzeigen
- Eine gezielte, fundierte und respektvoll formulierte Frage oder Kritik vorbringen

Die Duplikgruppe soll:

- Direkt auf den vorgebrachten Einwand eingehen
- Ihr Argument mit einer zusätzlichen Begründung erläutern, präzisieren oder stärken
- Eine Fehlinterpretation gegebenenfalls korrigieren
- Eine Nuancierung anerkennen und zugleich zeigen, weshalb das zentrale Argument weiterhin trägt

PHASE 3: GEMEINSAMER ABSCHLUSS (10 bis 15 Min.)

1. Die Beobachtenden und Moderierenden:

- Geben Rückmeldung zur Dynamik der Debatte
- Benennen die überzeugendsten Argumente
- Bestimmen die überzeugendste Gruppe

2. Von der Lehrperson moderierte Diskussion, beispielsweise zu folgenden Fragen:

- Welche Argumente waren am überzeugendsten?
- Haben einige Schülerinnen und Schüler ihren Standpunkt geändert?
- Welche Aspekte sind noch zu klären?
- Sollte sich die Neutralität angesichts des heutigen internationalen Umfelds weiterentwickeln?



GENF – EIN ZUFLUCHTSORT

DAS PROTESTANTISCHE GENF

Genfs historisch gewachsene Weltoffenheit, eng verbunden mit jener der Schweiz, prädestinierte die Stadt geradezu dazu, zum heutigen Zentrum des Multilateralismus zu werden.

Schon im Mittelalter war Genf dank seiner zentralen geografischen Lage Schauplatz internationaler Messen, an denen Händler aus ganz Europa ihre Waren anboten. Diese Öffnung zur Aussenwelt verstärkte sich mit der **Reformation**. Im Mai 1536 wurde Genf protestantisch. Die Stadt nahm Jean Calvin auf, einen Protestanten, der wegen seines Eintretens für reformatorische Ideen aus Frankreich geflohen war. Calvin erhielt den Auftrag, die neue Kirche in Genf aufzubauen, und erliess sehr strenge Regeln, darunter das Verbot, Schmuck und Verzierungen zu tragen. Sein Einfluss erstreckte sich auf Politik, Wirtschaft, Gesellschaft und Verwaltung. Unter seiner Führung erwarb Genf den Ruf eines protestantischen Roms.

Die theologische Verankerung Genfs verstärkte sich 1559 weiter, als Jean Calvin und der französische Reformator Theodore de Beze die Genfer Akademie gründeten. Die zunächst ganz der Theologie – dem Studium der Religion – gewidmete Institution erweiterte später ihre Fachgebiete und wurde 1873 zur Universität Genf.

Ende der 1540er-Jahre verschärfte sich in Europa die Verfolgung von Menschen, die den neuen protestantischen Glauben angenommen hatten. Genf, das inzwischen als protestantisches Rom galt, wurde zum Zufluchtsort für Tausende religiös Verfolgte. Diese erste Flüchtlingswelle veränderte die soziale und wirtschaftliche Struktur der Stadt. Ihre Bevölkerung wuchs von 13'000 auf über 20'000 Menschen. Zwischen 1549 und 1587 gewährte Genf fast 8'000 Flüchtlingen das Aufenthaltsrecht. Zu ihnen gehörte auch Catherine «Mère» Royaume, die in Genf Berühmtheit erlangte, weil sie während der Escalade-Nacht 1602 einen Topf mit Suppe auf die savoyischen Soldaten warf. Unter den Hugenotten, wie die französischen Protestanten genannt wurden, befanden sich Fachleute, Angehörige der intellektuellen Elite und Handwerker. Sie verliehen der Genfer Wirtschaft neue Dynamik. Druckwesen, Seidengewerbe und Uhrmacherei gaben später auch anderen Branchen wie dem Bankwesen und der Emailmalerei wichtige Impulse.

1598 gewährte der französische König Heinrich IV. mit dem Edikt von Nantes innerhalb bestimmter Grenzen Religionsfreiheit. 1685 hob Ludwig XIV. das Edikt wieder auf. Die erneute Verfolgung der Protestanten in Frankreich trieb viele von ihnen ins Exil. Allein zwischen August und September 1687 nahm Genf 12'000 Menschen auf.

SCHON GEWUSST?

Weil Calvin das Tragen von Schmuck verboten hatte, wandten sich die Genfer Goldschmiede der Uhrmacherei zu. Uhren waren von diesem Verbot ausgenommen, da Calvin sie als wissenschaftliche Instrumente betrachtete. Mit der Ankunft der Hugenotten und ihrem Fachwissen gewann die Uhrmacherei noch stärker an Bedeutung. So entstand 1601 in Genf die weltweit erste Uhrmacherzunft.

→ **Als Reformation** wird die religiöse Bewegung bezeichnet, die die römisch-katholische Kirche infrage stellte und zu einem neuen Verständnis des christlichen Glaubens führte. Als Beginn der Reformation gilt der 31. Oktober 1517, als Martin Luther seine 95 Thesen gegen Missstände in der katholischen Kirche an der Tür der Schlosskirche in Wittenberg in Sachsen anschlug. Luther warf der römisch-katholischen Kirche vor, sich von den Evangelien und der ursprünglichen Botschaft der Bibel entfernt zu haben. Er wollte deshalb zu einer Glaubenspraxis zurückkehren, die sich stärker an der Heiligen Schrift orientierte.



GENF, EIN IDEALER ORT FÜR DIE WEITERENTWICKLUNG DES RECHTS

HENRY DUNANT UND DIE ROTKREUZBEWEGUNG

1859 wurde der Genfer Geschäftsmann Henry Dunant auf einer Reise durch Solferino in Norditalien Zeuge einer grossen Schlacht zwischen der französisch-piemontesischen und der österreichischen Armee. Auf dem Schlachtfeld lagen zahlreiche verwundete Soldaten, die sich selbst überlassen waren. Tief erschüttert schloss sich Henry Dunant der Bevölkerung an und half bei der Versorgung der Verwundeten. 1862 veröffentlichte er *Un Souvenir de Solferino*. Darin schlug er vor, bereits in Friedenszeiten freiwillige Hilfskorps zu schaffen, die im Konfliktfall Verwundete versorgen könnten, und ihnen durch einen internationalen, vertraglich verankerten und geheiligten Grundsatz zu ermöglichen, in beiden Lagern tätig zu werden, ohne durch die unerbittliche Trennung zwischen Feinden daran gehindert zu werden. Dunant finanzierte die Veröffentlichung selbst und verschickte das Buch an Freunde, internationale Kontakte und Regierungen. Der Jurist Gustave Moynier bot ihm die Unterstützung der Genfer Gemeinnützigen Gesellschaft an, deren Präsident er war und der einflussreiche Persönlichkeiten wie General Dufour und der Arzt Louis Appia angehörten. Am 9. Februar 1863 gründete die Genfer Gemeinnützige Gesellschaft das Ständige Internationale Komitee, um die in *Un Souvenir de Solferino* formulierten Ideen zu prüfen. Dieses Komitee wurde 1875 zum Internationalen Komitee vom Roten Kreuz. Das erste Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der verwundeten Militärpersonen im Felde wurde am 22. August 1864 verabschiedet. Es verankerte den Grundsatz der Neutralität des medizinischen und pflegerischen Personals auf dem Schlachtfeld, das als Erkennungszeichen ein rotes Kreuz auf weissem Grund trug. Das Zeichen sollte einfach, aus der Ferne gut erkennbar und für beide Konfliktparteien identisch sein. Einige Länder sahen darin jedoch einen Bezug zum Christentum. Deshalb wurde 1929 der Rote Halbmond formell als weiteres Schutzzeichen anerkannt; 2005 kam der Rote Kristall hinzu.



Henri Dunant, Gründer des Roten Kreuzes © Wikimedia Commons

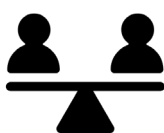
Die Internationale Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung besteht aus 191 Nationalen Gesellschaften – etwa dem Schweizerischen Roten Kreuz oder dem Französischen Roten Kreuz –, dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften. Das IKRK ist vor allem in bewaffneten Konflikten tätig und Hüter des humanitären Völkerrechts. Die Internationale Föderation koordiniert die Hilfe bei Naturkatastrophen und unterstützt die Entwicklung der 191 nationalen Gesellschaften.

Alle Bestandteile der Bewegung orientieren sich an sieben Grundsätzen:



Menschlichkeit

Menschliches Leiden unter allen Umständen verhüten und lindern



Unparteilichkeit

Keine Unterscheidung nach Nationalität, ethnischer Herkunft, Religion, sozialer Stellung oder politischer Überzeugung



Neutralität

Sich nicht an Feindseligkeiten oder politischen, ethnischen, religiösen und ideologischen Auseinandersetzungen beteiligen, um das Vertrauen aller zu bewahren



Unabhängigkeit

Eine gewisse Handlungsautonomie bewahren und dabei die Gesetze des jeweiligen Landes einhalten



Freiwilligkeit

Eine freiwillige und uneigennützige Hilfsbewegung



Einheit

Nur eine nationale Gesellschaft pro Land, deren humanitäre Tätigkeit sich über das gesamte Staatsgebiet erstreckt



Universalität

Sich um menschliches Leid weltweit kümmern und sich als gleichberechtigte nationale Gesellschaften gegenseitig unterstützen

DIE GENFER KONVENTIONEN

Am 26. Oktober 1863 fand in Genf auf Initiative von Henry Dunant, Gustave Moynier, Louis Appia, General Dufour und Theodore Maunoir eine internationale Konferenz mit 31 Delegierten aus 16 Staaten statt. Zehn Resolutionen legten die Grundlagen der Rotkreuzarbeit fest: die Schaffung lokaler Komitees in jedem Staat, die Neutralität des Sanitätspersonals sowie der Spitäler und Lazarette mit einem einheitlichen Erkennungszeichen sowie das Anliegen, das Mandat des Ständigen Internationalen Komitees – des heutigen IKRK – durch ein Rechtsinstrument zu legitimieren. 1864 wurde dieses Anliegen mit der Unterzeichnung des Abkommens zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde verwirklicht. Damit wurde ein Grundstein des humanitären Völkerrechts gelegt, das sich seither parallel zu den Veränderungen bewaffneter Konflikte weiterentwickelt.

1906

In Genf fand eine Konferenz zur Revision der Konvention von 1864 statt, an der 35 Staaten teilnahmen. Die überarbeitete Konvention umfasste nun 33 Artikel, gegenüber 10 Artikeln in der Fassung von 1864.

1929

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde eine weitere Konvention zum Schutz der Kriegsgefangenen verabschiedet. Der Rote Halbmond wurde formell als Schutzzeichen anerkannt.

1949

Der Zweite Weltkrieg hatte die Lücken im humanitären Völkerrecht deutlich gemacht. Deshalb wurden die beiden bestehenden Konventionen grundlegend überarbeitet und zu vier Texten erweitert, die fortan – als Hommage an den Sitz des Roten Kreuzes – offiziell Genfer Konventionen hiessen:

1. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde
2. Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten, Kranken und Schiffbrüchigen der Streitkräfte zur See
3. Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen
4. Genfer Abkommen über den Schutz von Zivilpersonen in Kriegszeiten

1977

Zwei Zusatzprotokolle zu den Genfer Konventionen wurden verabschiedet. Zusatzprotokoll I schützt die Opfer internationaler bewaffneter Konflikte, Zusatzprotokoll II die Opfer nicht internationaler bewaffneter Konflikte. 2005 führte ein drittes Zusatzprotokoll ein weiteres Schutzzeichen ein: den roten Kristall. 2026 stellte das IKRK den Entwurf eines digitalen humanitären Schutzzeichens vor. Es soll vor Cyberangriffen schützen, indem es Hackern klar signalisiert, dass sie eine geschützte Infrastruktur angreifen.

Heute sind sämtliche Staaten an die Genfer Konventionen von 1949 gebunden. Die Genfer Konventionen, ihre Zusatzprotokolle und die Haager Abkommen bilden den Kern des humanitären Völkerrechts. Dieses regelt die Führung bewaffneter Konflikte und soll deren Folgen begrenzen. Während die Haager Abkommen die Mittel und Methoden der Kriegsführung beschränken, schützen die Genfer Konventionen Personen, die nicht oder nicht mehr an einem Konflikt teilnehmen:



Medizinisches und humanitäres Personal



Verwundete Soldatinnen und Soldaten Kranke und Schiffbrüchige



Kriegsgefangene



Zivilpersonen

DAS INTERNATIONALE KOMITEE VOM ROTEN KREUZ



Hauptsitz des IKRK
© Genève Tourisme, Loris von Siebenthal

Das Internationale Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) ist eine neutrale, unparteiische und unabhängige humanitäre Organisation. Seine Aufgabe ist es, Menschen, die von bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen betroffen sind, zu schützen und zu unterstützen sowie die Einhaltung des humanitären Völkerrechts und dessen Verankerung in den nationalen Rechtsordnungen zu fördern.

Die Tätigkeit des IKRK stützt sich auf die Genfer Konventionen von 1949 und ihre Zusatzprotokolle, die Statuten der Internationalen Rotkreuz- und Rothalbmondbewegung sowie die Resolutionen der Internationalen Konferenzen des Roten Kreuzes und Roten Halbmonds.



Gefangenaustausch in Marseille 1943
© IKRK, Wikimedia Commons

Humanitäre Hilfe vor Ort

Heute ist das IKRK in mehr als 90 von Konflikten betroffenen Ländern tätig. Als neutrale und unparteiische Organisation führt das IKRK vor Ort humanitäre Aktivitäten durch, um Menschen zu unterstützen und zu schützen, die nicht oder nicht mehr an Feindseligkeiten teilnehmen. Dazu gehören etwa Nahrungsmittelhilfe, der Zugang zu medizinischer Versorgung, die Erfassung und Räumung von durch Waffen kontaminierten Gebieten während und nach Kampfhandlungen sowie die Organisation des Austauschs von Kriegsgefangenen zwischen den Konfliktparteien.



Französische Sektion der AIPG, 1914
© IKRK, Wikimedia Commons

Schutz der Gefangenen

1914 wurde die Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene (AIPG) gegründet. Sie sollte den Kontakt zwischen Menschen wiederherstellen, die durch den Krieg voneinander getrennt worden waren – unabhängig davon, ob es sich um Kriegsgefangene oder internierte Zivilpersonen handelte. Zwischen 1914 und 1918 bearbeitete die AIPG zwei Millionen Fälle. Parallel dazu begann das IKRK, Kriegsgefangenenlager zu besuchen. Bis heute besucht das IKRK Haft- und Internierungsorte, um sicherzustellen, dass die Inhaftierten menschlich behandelt werden. Es führt vertrauliche Einzelgespräche und übermittelt den zuständigen Behörden Berichte. Es setzt sich dafür ein, dass Inhaftierte mit ihren Angehörigen in Kontakt bleiben können.



Unterzeichnung der Genfer Konventionen von 1949 © British Red Cross, Wikimedia Commons

Hüter der Genfer Konventionen

Das IKRK setzt sich für die Rechte der durch die Genfer Konventionen geschützten Personen ein. In einem vertraulichen bilateralen Dialog erinnert es die Konfliktparteien an die Pflichten und Verantwortlichkeiten, die ihnen nach dem humanitären Völkerrecht obliegen. Gerade seine Neutralität und Unparteilichkeit ermöglichen es dem IKRK, direkt mit Regierungen im Gespräch zu bleiben. Das IKRK stellt zudem Rechtsverletzungen in Konfliktgebieten fest und trägt dazu bei, das humanitäre Völkerrecht weiterzuentwickeln und an neue Herausforderungen anzupassen.

DAS ALABAMA-SCHIEDSVERFAHREN



Alabama-Saal
© Bibliothèque de Genève

Das Schiff Alabama stand im Zentrum eines mehr als zehn Jahre dauernden Konflikts zwischen Grossbritannien und den Vereinigten Staaten im Zusammenhang mit dem Sezessionskrieg, dem Bürgerkrieg zwischen den Nord- und Südstaaten der USA. Grossbritannien hatte sich zwar für neutral erklärt, den Südstaaten jedoch das Schiff Alabama geliefert. Diese rüsteten es umgehend zu einem Kriegsschiff um – ein Verstoß gegen das Neutralitätsrecht. Die Alabama versenkte 150 Schiffe, bevor sie 1864 vor Cherbourg ihrerseits zerstört wurde. Zur Beilegung des Streits sah der Vertrag von Washington ein **internationales Schiedsverfahren** als rechtliches Instrument vor. 1872 versammelten sich fünf Schiedsrichter, darunter der ehemalige Bundesrat Jacob Stämpfli, in einem Saal des Genfer Rathauses, der heute Alabama-Saal heisst. Im selben Saal war 1864 bereits die erste Genfer Konvention unter-

zeichnet worden. Doch weshalb wurde dieses Rechtsverfahren gerade in Genf durchgeführt? Ausschlaggebend waren die schweizerische Neutralität und die gute Erreichbarkeit der Stadt, insbesondere mit der Eisenbahn, in einem Europa, das vom Deutsch-Französischen Krieg geprägt war. Nach vielbeachteten Verhandlungen entschieden die Schiedsrichter, dass Grossbritannien den Vereinigten Staaten 15,5 Millionen Dollar zahlen müsse. Beide Parteien akzeptierten den Entscheid. Damit entstand ein frühes historisches Beispiel für die friedliche Beilegung eines Streits zwischen zwei Grossmächten. Das Verfahren stärkte Genfs internationales Ansehen und gab der Weiterentwicklung des Völkerrechts wichtige Impulse. Der Erfolg dieses Verfahrens gab der Schiedsgerichtsbarkeit als Mittel zur Beilegung zwischenstaatlicher Streitigkeiten neuen Auftrieb.

➔ Ein **internationales Schiedsverfahren** ist ein Verfahren, bei dem die Parteien vereinbaren, ihren Streit einem oder mehreren Schiedsrichtern vorzulegen, die einen verbindlichen Schiedsspruch fällen.

Der Weg des Kriegsgefangenen Hugo Pratt

Dauer: ca. 1,5 Stunden

Zielgruppe: Klassen der Sekundarstufe II

Empfohlene Fächer: Recht, Geschichte

Lernziele

- Einen konkreten Fall aus der Arbeit des IKRK vorstellen
- Aufzeigen, dass sich das Recht laufend weiterentwickelt
- Die Schülerinnen und Schüler dazu anregen, über den rechtlichen Rahmen der Genfer Konventionen und deren notwendige Anpassung nach dem Zweiten Weltkrieg nachzudenken
- Anhand einer wahren Geschichte auf eine entscheidende historische Epoche zurückblicken

I. Erläutern, wer Hugo Pratt war, der Zeichner von Corto Maltese

Hugo Pratt (1927-1995) war ein italienischer Comiczeichner und gilt als einer der bedeutendsten Vertreter seines Fachs weltweit. Bekannt wurde er vor allem durch die Abenteuercomic-Reihe um den abenteuerlustigen Seemann Corto Maltese. Er lebte in Italien, Äthiopien, Argentinien, England, Frankreich und der Schweiz und bereiste darüber hinaus fast die ganze Welt.

Hugo Pratt wurde am 15. Juni 1927 in Italien geboren. 1937 reiste er mit seiner Mutter nach Abessinien – dem heutigen Äthiopien –, um zu seinem Vater zu ziehen, der dort als Berufssoldat stationiert war. Abessinien war seit 1935 von Italien besetzt. Nach Ausbruch des Zweiten Weltkriegs trat sein Vater gemeinsam mit dem dreizehnjährigen Hugo in die Kolonialpolizei ein. Hugo Pratt freundete sich mit jungen Abessiniern in seinem Alter an und lernte die lokale Sprache. In dieser Zeit entdeckte er die ersten amerikanischen Abenteuercomics. 1941 geriet sein Vater in britische Gefangenschaft und starb im Juli 1942 in Gefangenschaft. Hugo Pratt und seine Mutter wurden daraufhin im Lager Dire Dawa interniert und warteten dort darauf, nach Italien zurückzukehren. Hugo Pratt begann, den Wachleuten Comics abzukaufen und selbst zu zeichnen. Im Mai 1942 brachte das IKRK ihn und seine Mutter nach Italien zurück. Hugo Pratt lehnte den Faschismus stets ab. Nach seiner Rückkehr nach Italien arbeitete er ab 1944 bis zum Kriegsende als Dolmetscher für die alliierten Streitkräfte. 1945 wirkte Hugo Pratt in Venedig gemeinsam mit Freunden an der Comiczeitschrift «L'As de Pique» mit. Es war der offizielle Beginn seiner Laufbahn als Comiczeichner. 1967 startete er die Abenteuer von Corto Maltese. Die Figur Corto Maltese verkörpert den Wunsch nach Freiheit und Abenteuer sowie eine gewisse Ablehnung kultureller Hierarchien.

II. Historischen und rechtlichen Kontext in Erinnerung rufen

1. Genfer Konventionen: ein Rechtsrahmen im Wandel (siehe Seite 12)
2. Zweiter Weltkrieg: eine Katastrophe für die Zivilbevölkerung

Der Zweite Weltkrieg begann 1939 und veränderte die internationalen Beziehungen grundlegend. Mit fast 60 Millionen Toten ist er bis heute der verlustreichste Konflikt. Anders als in früheren Kriegen geriet die Zivilbevölkerung nun gezielt ins Visier: Städte wurden mit neuen Mitteln aus der Luft bombardiert – etwa mit Brandbomben, Atombomben und Napalm –, zugleich entstanden Konzentrations- und Vernichtungslager. Insgesamt starben zwischen 1939 und 1945 rund 40 Millionen Zivilpersonen.

III. Erste Überlegung für die Schülerinnen und Schüler

Gelten das humanitäre Völkerrecht und die Genfer Konventionen im Fall von Hugo Pratt?

Antwort und Diskussion: Den rechtlichen Kontext der Genfer Konventionen in Erinnerung rufen (siehe Dossier, S. 11-12)

1942, als Hugo Pratt und seine Mutter vom IKRK evakuiert wurden, gab es erst zwei Genfer Konventionen: das Genfer Abkommen zur Verbesserung des Loses der Verwundeten und Kranken der Streitkräfte im Felde (1864, 1906 revidiert) und das Genfer Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen (1929). Zu diesem Zeitpunkt schützte das humanitäre Völkerrecht somit lediglich verwundete und kranke Soldaten auf dem Schlachtfeld an Land sowie Kriegsgefangene, also auf dem Schlachtfeld gefangen genommene Soldaten. Die Situation von Hugo Pratt und seiner Mutter fiel daher formal nicht unter die damals geltenden Genfer Konventionen, denn beide waren Zivilpersonen.

IV. Zweite Überlegung für die Schülerinnen und Schüler – mit Online-Recherche

Wenn die 1942 geltenden Genfer Konventionen auf Hugo Pratt nicht anwendbar waren, warum übernahm das IKRK

dennoch seine Evakuierung?

Antwort und Diskussion: Das IKRK und die Zivilbevölkerung: die Realität vor Ort vor 1949

1914 gründete das IKRK die Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene (AIPG). Ursprünglich war sie ausschliesslich für gefangene Soldaten bestimmt, deren Angehörige Nachrichten über sie erhalten wollten. Die Zentralstelle erhielt jedoch so viele Anfragen zu Zivilpersonen, dass Dr. Frederic Ferriere, einer ihrer Gründer, der Ansicht war, man könne diese nicht unbeantwortet lassen. Daraufhin gründete er eine eigene zivile Sektion. Mit Unterstützung einiger ihm nahestehender Personen mobilisierte er schliesslich Hunderte Freiwillige aus den unterschiedlichsten gesellschaftlichen Kreisen. Obwohl für Zivilpersonen eine rechtliche Grundlage fehlte, wurde diese Sektion später der AIPG angegliedert.

Sechs Monate nach Beginn des Ersten Weltkriegs nahm das IKRK eine weitere Tätigkeit auf: Besuche in Internierungs- und Gefangenenlagern. Damals gab es dafür noch keine ausdrückliche Rechtsgrundlage, denn das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen wurde erst 1929 geschlossen. Davon profitierten beide Seiten: Die Kriegsparteien wollten die auf der Gegenseite kursierenden Gerüchte über die Misshandlung von Gefangenen entkräften; das IKRK hoffte, mit objektiven und neutralen Informationen den Kreislauf von Vergeltungsmassnahmen zu durchbrechen. Von Anfang an umfassten diese Besuche auch Internierungsorte für Zivilpersonen.

Nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Abkommen über die Behandlung der Kriegsgefangenen unterzeichnet und damit der Besuch militärischer Gefangenenlager rechtlich verankert. Auch die Idee einer Konvention zum Schutz von Zivilpersonen entstand, konnte jedoch vor Beginn des Zweiten Weltkriegs nicht verwirklicht werden.

Zwischen 1939 und 1945 gab es somit weiterhin keinen Rechtstext, auf den das IKRK seine Tätigkeit zugunsten von Zivilpersonen hätte stützen können. Da jedoch viele Zivilpersonen in Lagern interniert wurden, weitete das IKRK seine Tätigkeit auf sie aus und bezog sie in seine Arbeit für Kriegsgefangene ein. Unter anderem versuchte das IKRK, Konzentrationslager des nationalsozialistischen Deutschlands zu besuchen – mit grossen Schwierigkeiten. Vor diesem Hintergrund konnten Hugo Pratt und seine Mutter 1942 mithilfe des IKRK nach Italien repatriert werden, obwohl das damals geltende humanitäre Völkerrecht, auf das sich die Tätigkeit des IKRK stützte, Zivilpersonen wie sie formal noch nicht schützte.

V. Dritte Überlegung für die Schülerinnen und Schüler

Wäre Hugo Pratt heute formal durch das humanitäre Völkerrecht geschützt?
Wenn ja, durch welche Konvention?

Antwort und Diskussion: Rückblick auf die 1949 unterzeichneten Genfer Konventionen

1949 wurde als Reaktion auf die entsetzliche Behandlung der Zivilbevölkerung im Zweiten Weltkrieg eine eigene Konvention zum Schutz von Zivilpersonen unterzeichnet.

VI. Fazit und Diskussion mit den Schülerinnen und Schülern: Recht – ein Bereich im ständigen Wandel

Welche Gedanken löst dieser historische Moment bei Ihnen aus? Welcher Rechtsbereich hat sich in jüngster Zeit auf schweizerischer oder internationaler Ebene weiterentwickelt? Welche Rechte sollten Ihrer Meinung nach weltweit besser anerkannt werden?

Nützliche Ressourcen für diese Unterrichtsaktivität

Hugo Pratt, das IKRK und Äthiopien
Blog des IKRK



1914: Wie das IKRK begann, Zivilpersonen zu schützen
Le Temps



Biografie von Hugo Pratt
Offizielle Website von Cong SA



Genfer Konventionen von 1949
Website des IKRK



Video über die Genfer Konventionen
YouTube-Kanal des IKRK (Dauer: 3 Min. 35 Sek.)





GENF, HAUPTSTADT DER GLOBAL GOVERNANCE

DER VÖLKERBUND

Hintergrund

Von 1914 bis 1918 wütete der Erste Weltkrieg. Der Erste Weltkrieg veranlasste US-Präsident Woodrow Wilson, in sein Friedensprogramm die Gründung eines Völkerbunds aufzunehmen, in dem sich jeder Staat verpflichten sollte, die territoriale Unversehrtheit und die politische Unabhängigkeit aller anderen zu gewährleisten. Diese Idee fand Eingang in Artikel 1 des Versailler Vertrags vom 28. Juni 1919, der den Krieg beendete und den Völkerbund ins Leben rief. Die Schrecken des Ersten Weltkriegs waren eine wesentliche Triebkraft für die Gründung einer internationalen Organisation mit universellem Anspruch. Der Völkerbund stand jedoch auch in einer seit dem 17. Jahrhundert wachsenden Tradition multilateraler Verhandlungen und eines zunehmenden politischen und philosophischen Interesses am Frieden.

Warum Genf?

Dank der diplomatischen Bemühungen von Genfern wie **William Rappard** und Gustave Ador sowie der Unterstützung Woodrow Wilsons liess sich der Völkerbund in Genf nieder. Für Genf sprachen seine internationale Ausstrahlung als Sitz des Roten Kreuzes und als Wiege Rousseaus und Calvins sowie die Neutralität der Schweiz. Im Wettbewerb mit Brüssel gab jedoch die Nichtbeteiligung der Schweiz am Ersten Weltkrieg den Ausschlag. Genf konnte eine international ausgerichtete Organisation in völliger Unparteilichkeit aufnehmen. 1920 bezog der Völkerbund das Palais Wilson.

«Unser aller Wunsch ist es, die Welt vom Leid des Krieges zu befreien. Das wird uns nicht gelingen, wenn wir eine Stadt wählen, in der die Erinnerung an diesen Krieg jede unvoreingenommene Diskussion unmöglich machen würde.

Woodrow Wilson,
Präsident der Vereinigten Staaten
Sitzung vom 10. April 1919 zur Wahl des
Sitzes des Völkerbunds

Auftrag

Der in den Versailler Vertrag integrierte Völkerbundspakt nennt die wichtigsten Ziele: die kollektive Sicherheit gewährleisten, die Zusammenarbeit fördern und die in den Friedensverträgen vorgesehenen Mandate umsetzen. Der Völkerbund bestand aus einer Versammlung, einem Rat und einem ständigen Sekretariat. Schiedsverfahren wurden als Form der Streitbeilegung verankert.

Wichtigste Tätigkeiten



Frieden und kollektive Sicherheit

Als erster Ansatz kollektiver Sicherheit sah der Völkerbund vor, dass ein Angriff auf ein Mitglied als Angriff auf alle galt. Für Verstösse sah der Pakt wirtschaftliche und militärische Sanktionen vor. Dies konnte die italienische Invasion Äthiopiens im Jahr 1935 jedoch nicht verhindern. Zur Förderung der friedlichen Streitbeilegung schuf der Völkerbund den Ständigen Internationalen Gerichtshof (heute: Internationaler Gerichtshof), der über Streitigkeiten zwischen Staaten entschied, wenn diese ihm die Sache einvernehmlich vorlegten. Zudem setzte der Völkerbund eine Abrüstungskommission ein und drängte die Staaten 1925 zur Unterzeichnung des Genfer Protokolls, das den Einsatz erstickender Gase verbot.

Überwachung der Friedensverträge

Der Pakt sah vor, dass deutsche und osmanische Gebiete zunächst von den Siegermächten verwaltet wurden (z. B. Syrien unter französischem Mandat) oder vom Völkerbund (Danzig und das Saargebiet), bevor sie unabhängig werden konnten. Der Versailler Vertrag beauftragte den Völkerbund zudem, die Minderheitenrechte in einem völlig neu geordneten Europa zu schützen. Die neuen Grenzen und verschärften Kontrollen erschwerten Millionen Flüchtlingen ohne Papiere die Bewegungsfreiheit und liessen sie auf ihren Fluchtwegen stranden. Daraufhin beauftragte der Völkerbund Fridtjof Nansen mit der Koordination der Flüchtlingshilfe. Er schuf unter anderem den Nansen-Pass, mit dem Staatenlose zwischen 1922 und 1945 Grenzen überschreiten konnten.

Technische Zusammenarbeit

Artikel 23 des Pakts sieht vor, dass die Mitgliedstaaten bei verschiedenen sozialen Herausforderungen zusammenarbeiten. Dazu gehörten beispielsweise faire Arbeitsbedingungen, die Bekämpfung des Frauen- und Kinderhandels sowie internationale Massnahmen zur Prävention und Bekämpfung von Krankheiten. Vor diesem Hintergrund schuf der Völkerbund 1923 eine Hygieneorganisation, die Studien durchführte, den internationalen Austausch von Gesundheitspersonal organisierte und den Austausch epidemiologischer Informationen förderte. 1926 erarbeitete der Völkerbund ausserdem ein Übereinkommen zur Abschaffung der Sklaverei. Heute sind 99 Staaten Vertragsparteien dieses Übereinkommens, das 1953 von der UNO übernommen und ergänzt wurde.

Die Struktur des Völkerbunds erwies sich allerdings von Anfang an als problematisch. Obwohl die Vereinigten Staaten zu den wichtigsten Initiatoren gehörten, traten sie dem Völkerbund letztlich nicht bei und schwächten damit seinen universellen Anspruch. Sein zu vages Sanktionssystem vermochte sich gegen den Willen der Grossmächte nicht durchzusetzen; Verstösse gegen den Pakt blieben wiederholt ungesühnt. Da der Völkerbund den Zweiten Weltkrieg nicht verhindern konnte, wurde seine Glaubwürdigkeit tief erschüttert.

Obwohl der Völkerbund bei der Friedenssicherung scheiterte, gab er Genfs internationaler Berufung entscheidenden Auftrieb und erhob die Stadt zur Hauptstadt der Global Governance. Aus dem Völkerbund gingen spezialisierte internationale Organisationen wie die Internationale Arbeitsorganisation oder die Hygieneorganisation, die Vorläuferin der Weltgesundheitsorganisation, hervor. Die Tätigkeit des Völkerbunds und seiner Sonderorganisationen zog diplomatische Vertretungen, Delegierte und Fachleute für Recht, Abrüstung, Frauenhandel, Kinderschutz und weitere Bereiche nach Genf. Diese Akteure zogen wiederum Vertreter der Zivilgesellschaft – Komitees, Vereine und verschiedene Verbände – an, die Genf als idealen Ort für Zusammenarbeit betrachteten. So legte der Völkerbund den Grundstein für das einzigartige Ökosystem, das wir heute kennen.

→ **William Rappard** in den Vereinigten Staaten geboren, war in der Zwischenkriegszeit ein einflussreicher Diplomat. Als Professor und später Rektor der Universität Genf gründete er 1927 das Institut Universitaire de Hautes Études internationales in Genf. Dank seiner engen Beziehungen zu den Vereinigten Staaten setzte er sich mit Nachdruck dafür ein, dass sich der Völkerbund in Genf niederliess und die Schweiz der Organisation beitrug.

Mehr über den Völkerbund erfahren

Themenheft
«Frieden und das System der Vereinten Nationen»
Eduki-Stiftung



Völkerbundspakt
26 Artikel, 1919



DIE INTERNATIONALE ARBEITSORGANISATION



Internationale Arbeitsorganisation
© Jérémy Toma, Wikimedia Commons

Hintergrund

Der Versailler Vertrag von 1919 sah auch die Gründung der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) vor. Man ging davon aus, dass es ohne soziale Gerechtigkeit keinen dauerhaften Frieden geben konnte. Die ILO knüpfte an den Auftrag der 1901 in Basel gegründeten Internationalen Vereinigung für gesetzlichen Arbeiterschutz an. Dies geschah vor dem Hintergrund erstarkender Arbeiterbewegungen und nach der bolschewistischen Revolution in Russland. Der Versailler Vertrag legte fest, dass die ILO direkt dem Völkerbund unterstellt sein und deshalb in derselben Stadt ihren Sitz haben sollte. 1920 nahm sie ihren Sitz in Genf und bezog das erste eigens für das Internationale Genf errichtete Gebäude: das Centre William Rappard, in dem heute die Welthandelsorganisation untergebracht ist. Die Tätigkeit der ILO weitete

sich rasch aus. Ihre Mitgliederzahl stieg beispielsweise von 52 im Jahr 1948 auf 120 im Jahr 1970. Die vorhandenen Räumlichkeiten reichten nicht mehr aus. Daraufhin liess die ILO im Quartier des Nations das grösste Verwaltungsgebäude der Schweiz errichten und zog 1974 dorthin um.

Auftrag

Die ILO setzt sich für soziale Gerechtigkeit, Menschenrechte und international anerkannte Arbeitsrechte ein – Voraussetzungen für einen dauerhaften und universellen Frieden.

Die Arbeit der ILO beruht auf einem einzigartigen Modell: dem Tripartismus. Die ILO besteht aus der Internationalen Arbeitskonferenz, dem Verwaltungsrat und dem Internationalen Arbeitsamt als ständigem Sekretariat. In allen drei Organen sind Regierungen, Arbeitgeber und Arbeitnehmer vertreten. Damit ist die ILO die einzige Weltorganisation, in der Arbeitgeber- und Arbeitnehmervertreter gleichberechtigt mit Regierungen Politik und Programme bestimmen. So wird gewährleistet, dass die Stimmen der Arbeitnehmer und Arbeitgeber vollumfänglich Gehör finden und die Tätigkeit der Organisation den Gegebenheiten vor Ort entspricht.

Wichtigste Tätigkeiten

Ausarbeitung von Normen

Auf ihrer ersten Konferenz 1919 verabschiedete die ILO sechs Übereinkommen zu Arbeitszeit in der Industrie, Arbeitslosigkeit, Mutterschutz, Nacharbeit von Frauen, Mindestalter und Nacharbeit von Kindern. Das erste ILO-Übereinkommen führte den Achtstundentag und die 48-Stunden-Woche ein und garantierte Arbeitnehmenden Ruhe- und Freizeit für ein ausgewogenes Leben. Seit ihrer Gründung hat die ILO mehr als 190 Übereinkommen ausgearbeitet.

Forschung und weltweite Statistiken

Die ILO stellt weltweit Referenzstudien und -statistiken zur Arbeitswelt bereit. Diese Statistiken sind für die Politikgestaltung sowie für die Bewertung der Fortschritte im Bereich der menschenwürdigen Arbeit erforderlich. Sie dienen zugleich als Informations- und Analyseinstrument: Sie helfen, gemeinsame Herausforderungen besser zu verstehen, unterstützen die Mitgliedstaaten bei der Entwicklung von Lösungen für ihre jeweiligen Gegebenheiten und ermöglichen es, die Arbeit der Fachzentren vor Ort gezielt auszurichten.

Unterstützung vor Ort

Die ILO unterhält Büros in Ländern, die Flüchtlinge aufnehmen, um diese bei der Arbeitssuche zu unterstützen. Dabei arbeitet sie mit dem UNHCR zusammen. Ein Beispiel ist das Flüchtlingslager Zaatari in Jordanien, das syrische Flüchtlinge aufnimmt. Seit dem Regierungswechsel in Syrien 2024 unterstützen die Büros auch Flüchtlinge, die sich auf eine freiwillige Rückkehr vorbereiten. Sie vermitteln ihnen berufliche Aus- und Weiterbildungen, die den Bedürfnissen des Arbeitsmarktes in ihrem Herkunftsland entsprechen.

DIE INTERNATIONALE SCHULE GENF



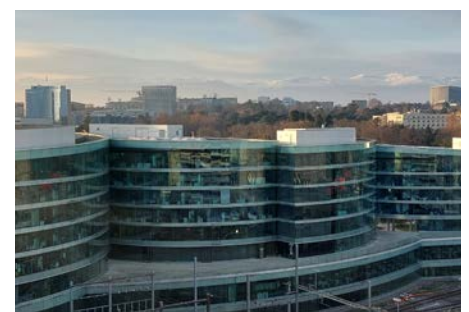
Internationale Schule Genf (Grande Boissière) im Jahr 1929 © Bibliothèque de Genève

Die 1924 gegründete Internationale Schule Genf (Ecolint) gilt als die weltweit erste internationale Schule. Sie entstand mit der Ansiedlung des Völkerbunds und der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, um den Bildungsbedürfnissen der Kinder internationaler Mitarbeitender aus unterschiedlichen Kulturen und Sprachräumen gerecht zu werden. Von Anfang an verfolgte sie das Ziel, eine Bildung zu bieten, die interkulturelles Verständnis, Frieden und Weltoffenheit fördert. Die Internationale Schule wurde von Mitarbeitenden der ersten internationalen Organisationen gegründet, unterstützt vom Genfer Soziologen Adolphe Ferrière und von Elisabeth Rotten, die beide mit dem Rousseau-Institut verbunden waren. Von Anfang an war der Unterricht zweisprachig. Adolphe Ferrière setzte sich für sprachliche Immersion ein, um bei Schülerinnen und Schülern Offenheit für kulturelle Unterschiede

und eine internationale Denkweise zu fördern. Heute zählt die Ecolint rund 3'900 Schülerinnen und Schüler im Alter von 3 bis 18 Jahren aus mehr als 140 Nationalitäten. Sie verteilt sich auf drei Campus in der Genfer Region und bietet englischsprachige, französischsprachige und bilinguale Bildungsgänge an. Mit ihrem Bildungsmodell und ihrer internationalen Verankerung verkörpert die Ecolint den Esprit de Genève in besonderer Weise.

HOCHSCHULINSTITUT FÜR INTERNATIONALE STUDIEN ENTWICKLUNG

Das 1927 gegründete Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung (IHEID) nimmt im Ökosystem des Internationalen Genf eine zentrale Stellung ein. Als Nachfolger des von William Rappard und Paul Mantoux im Umfeld des Völkerbunds gegründeten Instituts für internationale Studien etablierte es sich von Beginn an als Pionierinstitution. Sein interdisziplinärer Ansatz verbindet internationale Beziehungen, Wirtschaft, Recht und Entwicklung. Heute in der Maison de la Paix im Herzen des internationalen Viertels ansässig, profitiert das IHEID von seiner einzigartigen Nähe zu multilateralen Organisationen, diplomatischen Vertretungen, NGOs und Akteuren der internationalen Zusammenarbeit. Sein Auftrag ist es, hochwertiges Wissen zu den grossen globalen Herausforderungen zu erarbeiten und zu vermitteln: Frieden



Maison de la Paix © Wikimedia Commons

und Sicherheit, wirtschaftliche Governance, nachhaltige Entwicklung, Ungleichheiten und internationale Zusammenarbeit. Das Institut bildet Studierende aus aller Welt aus, die später verantwortungsvolle Aufgaben in internationalen Institutionen, Regierungen und der Zivilgesellschaft übernehmen. Als Brücke zwischen akademischem Wissen und internationalem Handeln trägt das IHEID wesentlich zur Positionierung Genfs als Zentrum der Global Governance bei.

DIE GENFER ERKLÄRUNG

Die 1924 verabschiedete Genfer **Erklärung** über die Rechte des Kindes ist der erste internationale Text, der sich eigens dem Schutz von Kindern widmet. Sie umfasst fünf Artikel und wurde im Rahmen des Völkerbunds auf Initiative von Eglantyne Jebb, der Gründerin von Save the Children, verabschiedet. Zu dieser Zeit waren viele Kinder von den Folgen des Ersten Weltkriegs betroffen. Die Erklärung beruht auf einem zentralen Grundsatz: Kinder dürfen Erwachsenen nicht gleichgestellt werden und müssen Rechte erhalten, die ihrem Alter und ihrer besonderen Schutzbedürftigkeit entsprechen. Sie hält fest, dass sich jedes Kind körperlich wie geistig normal entwickeln können soll und in Notlagen angemessene Hilfe erhalten muss. Dieser Schutz muss ohne Diskriminierung gewährleistet werden, unabhängig von Herkunft, Nationalität oder politischem Umfeld. In Krisensituationen müssen Kinder beim Zugang zu Hilfe Vorrang haben. Der Text betont den Schutz vor wirtschaftlicher Ausbeutung, Gewalt und Misshandlung und unterstreicht die Bedeutung von Bildung – nicht nur für die individuelle Entwicklung des Kindes, sondern auch für seine spätere Integration in die Gesellschaft.

Die Genfer Erklärung war ein wegweisender Schritt für das internationale Kinderrecht. Sie inspirierte weitere Texte, etwa das Übereinkommen über die Rechte des Kindes von 1989.

→ **Eine Erklärung** ist ein völkerrechtliches Instrument, das in der Regel nicht rechtsverbindlich ist. Vielmehr handelt es sich um Leitlinien, die zur Ausarbeitung rechtsverbindlicher Texte führen können. Ein Beispiel dafür ist die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte.

Die Genfer Erklärung ansehen



INTERNATIONALES BÜRO FÜR BILDUNG

Hintergrund und Auftrag

In der Nachkriegszeit wurde das Bildungssystem infrage gestellt, da es die Schülerinnen und Schüler angeblich zu patriotischen Soldaten erzogen habe. Um einen dauerhaften Frieden zu schaffen, musste das Bildungswesen daher neu gedacht werden. Da der Völkerbund das Thema nicht aufgriff, gründeten die engagierten Pädagogen Adolphe Ferriere, Edouard Claparede und Pierre Bovet 1925 mit Unterstützung Albert Einsteins das Internationale Büro für Bildung (IBE) in Genf. Ziel war es, Bildungsverbände aus aller Welt zusammenzubringen. 1929 öffnete sich die Organisation für Staaten.

«Nur die Bildung ist in der Lage, unsere Gesellschaften vor einem möglichen gewaltsamen oder schrittweisen Zerfall zu bewahren.»

Jean Piaget,
Direktor des Internationalen Büros für Bildung

Damit wurde das IBE zur ersten zwischenstaatlichen Organisation im Bildungsbereich. Der renommierte Psychologe Jean Piaget leitete das IBE 40 Jahre lang. Unter seiner Leitung entwickelte es sich zu einem führenden Forschungszentrum, dem 1968 bereits 68 Staaten angehörten und das die internationale Zusammenarbeit im Bildungsbereich förderte. Ab 1946 arbeitete das IBE eng mit der UNESCO zusammen und wurde 1969 vollständig in sie integriert. Das IBE setzt sich für das Recht auf Bildung ein und nutzt seine technische und wissenschaftliche Expertise, um Bildungsakteure weltweit sowie Staaten bei der Verwirklichung dieses universellen Rechts zu unterstützen.

Wichtigste Tätigkeiten

Technische Unterstützung vor Ort

Das IBE unterstützt Länder dabei, ihre Bildungssysteme angesichts von Herausforderungen wie Konflikten oder der Bewahrung lokalen Wissens weiterzuentwickeln. So entwickelte es im Tschad eine digitale Plattform, die online wie offline funktioniert und damit selbst in entlegenen Gebieten den Zugang zu Lernmaterialien erleichtert.

Dokumentationszentrum

Sein Dokumentationszentrum umfasst 600'000 Dokumente, darunter Schulbücher, historische Archive und Vergleichsstudien. Seit 100 Jahren bewahrt es das Erbe des weltweiten Bildungswesens. Die Bestände sind frei zugänglich und können auf Anfrage digitalisiert werden.

Weiterentwicklung des Bildungswesens

Das IBE entwickelt innovative Bildungsinstrumente, um die Bildungspolitik der Staaten zu unterstützen. Es bietet Schulungen für Führungskräfte an, um die Fähigkeit der Staaten zu stärken, Bildungsprogramme zu steuern, neu zu denken und zu modernisieren. Unter anderem wurden an Universitäten in aller Welt spezielle Masterprogramme eingerichtet.

UNTERRICHTSAKTIVITÄT

Wie würde Ihre Genfer Erklärung lauten?

Dauer: ca. 45 Min.

Zielgruppe: Klassen der Sekundarstufen I und II

Empfohlene Fächer: Recht, Geschichte, Philosophie, Geografie, Politische Bildung

Lernziele

- Einen wegweisenden Moment für die Kinderrechte vorstellen
- Eine Gesamtidee in Kernprinzipien zusammenfassen
- Die Schülerinnen und Schüler dazu anregen, über aktuelle globale Herausforderungen und ihren Alltag nachzudenken
- Jungen Menschen ermöglichen, ihre Vision von der Welt von morgen auszudrücken

1. Einleitung

Die Schülerinnen und Schüler an Folgendes erinnern:

- Den historischen Kontext des Textes (siehe Seite 20)
- Seine Funktion (allgemeine, nicht verbindliche Grundsätze formulieren)
- Seinen Stil (kurze, universelle, unpersönliche Formulierungen)

Die Schülerinnen und Schüler verfassen anschliessend eine Erklärung nach diesem Vorbild, die sich einem wichtigen Thema der heutigen Welt widmet.

2. Themenwahl

Die Schülerinnen und Schüler bitten, ein Thema auszuwählen, das sie heute für besonders wichtig halten. Das Thema muss:

- Aktuell und klar erkennbar sein
- Ein kollektives Anliegen betreffen (Rechte, Schutz, Verantwortung)
- Sich in Form allgemeiner Grundsätze behandeln lassen

Beispielthemen:

- *Das Recht künftiger Generationen auf eine gesunde Umwelt*
- *Die Bekämpfung von Cybermobbing*
- *Der verantwortungsvolle Umgang mit künstlicher Intelligenz*
- *Internationale Solidarität angesichts humanitärer Krisen*
- *Das Recht aller auf Zugang zur Gesundheitsversorgung*
- *Pandemievorsorge*
- *Psychische Gesundheit für alle*

3. Hinweise zum Verfassen

Die Erklärung soll Folgendes enthalten:

- Einen Titel: «Genfer Erklärung über ...»
- Eine kurze Einleitung (2–3 Sätze), die das Thema und das Ziel des Textes erläutert
- 5 bis 7 Grundsätze in Form von Artikeln oder nummerierten Punkten, mit kurzen, klaren, allgemein gehaltenen Sätzen und in neutralem, institutionellem Ton

Mögliche Formulierungen:

- «Jeder Mensch hat das Recht auf ...»
- «Kinder müssen vor ... geschützt werden»
- «Staaten und Institutionen tragen die Verantwortung ...»

4. Schluss (optional)

Die Schülerinnen und Schüler können einen kurzen Schlussabsatz ergänzen, in dem sie die Bedeutung ihrer Erklärung erläutern und darlegen, was sie schützen oder verbessern soll.

5. Freiwillige Weitergabe an die Fondation pour Geneve

Lehrpersonen können die Erklärungen ihrer Schülerinnen und Schüler auf Wunsch mit der Fondation pour Geneve teilen (secretariat@fondationpourgeneve.ch). Die Fondation pour Geneve wird eine Übersicht der Themen erstellen, die junge Menschen für besonders wichtig halten, und diese auf ihrer Website veröffentlichen. Ziel ist es, jungen Menschen eine Plattform zu bieten, auf der sie ihre Sicht auf die Welt teilen können.



UNITED NATIONS



NATIONS UNIES

Globales Zentrum für Technische Fachkompetenz

Europäischer Sitz der Vereinten Nationen

Hintergrund

Der Zweite Weltkrieg zeigte, dass der Völkerbund nicht in der Lage gewesen war, einen weiteren globalen Konflikt zu verhindern. Schon 1941, noch während des Krieges, planten die Alliierten die Gründung einer neuen internationalen Organisation, deren Aufgabe es sein sollte, den Frieden zu wahren. Zwischen 1941 und 1945 fanden mehrere internationale Erklärungen und Konferenzen statt, die schliesslich zur Unterzeichnung der Charta der Vereinten Nationen führten. Mit ihr wurden die Vereinten Nationen (UNO) am 26. Juni 1945 in San Francisco gegründet. Die UNO trat damit an die Stelle des Völkerbunds, der aufgelöst wurde.

Warum gibt es einen UNO-Sitz in Genf?

Im Gegensatz zum Völkerbund hat die UNO ihren Sitz nicht nur in einer einzigen Stadt. Ihr Hauptsitz befindet sich in New York, wo die wichtigsten politischen Organe tagen. Seit ihrer Gründung ist die UNO dezentral organisiert, damit sie weltweit tätig sein kann. In diesem Rahmen etablierte sich Genf dank seiner diplomatischen Tradition, der schweizerischen Neutralität und dem Palais des Nations – dem früheren Sitz des Völkerbunds – auf natürliche Weise als einer der UNO-Sitze. Heute ist Genf einer der vier UNO-Sitze weltweit und das wichtigste Konferenzzentrum der Organisation ausserhalb New Yorks. Damit spielt die Stadt eine zentrale Rolle in der multilateralen Diplomatie.

Auftrag und Struktur

Die UNO will den internationalen Frieden und die internationale Sicherheit wahren, friedliche Beziehungen zwischen den Staaten fördern, die Achtung der Menschenrechte stärken und die internationale Zusammenarbeit bei wirtschaftlichen, sozialen, humanitären und ökologischen Problemen voranbringen. Die UNO besteht aus mehreren Organen, darunter der Sicherheitsrat, der für die Friedenssicherung zuständig ist, und die Generalversammlung als Diskussionsforum aller Mitgliedstaaten. Ein Sekretariat sorgt für den laufenden Betrieb der Organisation.

Wichtigste Tätigkeiten



Frieden und kollektive Sicherheit

Der Sicherheitsrat besteht aus fünf ständigen Mitgliedern (China, USA, Russland, Frankreich und Vereinigtes Königreich) sowie zehn Staaten, die für jeweils zwei Jahre gewählt werden. Er setzt sich für die Wahrung des Friedens ein und hat seinen Sitz in New York. Er kann Resolutionen verabschieden, Sanktionen verhängen oder Einsätze vor Ort genehmigen. Diese Einsätze werden mit Zustimmung der betroffenen Länder durchgeführt. Sie sollen die Zivilbevölkerung schützen, Waffenstillstände überwachen und Friedensprozesse begleiten. Der UNO-Sitz in Genf trägt zur kollektiven Sicherheit bei, indem er die Abrüstungskonferenz beherbergt. Die 1979 gegründete Abrüstungskonferenz hat unter anderem vier Übereinkommen ausgearbeitet, die den Einsatz von Waffen wie Antipersonenminen oder biologischen Waffen einschränken.



Diplomatische und technische Fachkompetenz

Die UNO hat ein umfassendes System von Sonderorganisationen, Fonds und Programmen geschaffen, etwa die Weltgesundheitsorganisation, das Welternährungsprogramm und UN Women. Ein Grossteil der Sonderorganisationen hat seinen Sitz in Genf. Die UNO in Genf ist daher ein zentraler Akteur für die Vernetzung dieser Institutionen. Sie bietet ihnen insbesondere administrative Unterstützung und fördert gemeinsame Initiativen. Mit ständigen Vertretungen von mehr als 186 Staaten ist die UNO in Genf zudem ein bedeutendes Dialogzentrum, das jährlich fast 8'000 Sitzungen ausrichtet. Sie stellt die wesentlichen Dienstleistungen bereit, die für bedeutende internationale Gespräche und Verhandlungen erforderlich sind.



Grundlage des Völkerrechts

Die UNO setzt sich für die Einhaltung internationaler Normen und die friedliche Beilegung von Streitigkeiten ein. Diese Rolle nimmt insbesondere der Internationale Gerichtshof wahr. Bei Streitigkeiten zwischen Staaten, die seine Zuständigkeit anerkannt haben, fällt er verbindliche Urteile und klärt auf Ersuchen der UNO Fragen zur Anwendung des Völkerrechts. So stellte der Gerichtshof 2022 die Verantwortlichkeit Ugandas für Verstösse fest, die bei seinem Militäreinsatz in der Demokratischen Republik Kongo zwischen 1998 und 2003 begangen wurden. Er verurteilte Uganda zu 325 Millionen US-Dollar Entschädigung für Schäden an Menschen, Sachgütern und natürlichen Ressourcen.

DAS GATT UND DIE WELTHANDELSDERGANISATION



Welthandelsorganisation
© Genève Tourisme

Hintergrund

1944 organisierten die Vereinigten Staaten in Bretton Woods eine Konferenz, um eine internationale Währungsordnung zu schaffen und den Wiederaufbau der vom Zweiten Weltkrieg betroffenen Länder zu fördern. Ziel war es, die wirtschaftlichen Probleme nach dem Ersten Weltkrieg nicht zu wiederholen und eine stabile Weltwirtschaft zu schaffen. In diesem Kontext entstand die Idee einer internationalen Handelsorganisation unter dem Dach der Vereinten Nationen. Diese Organisation kam nicht zustande; stattdessen gründeten 23 Länder das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT). Damals ging man davon aus, dass eine Liberalisierung des Handels friedliche Beziehungen zwischen den Staaten fördern würde. Das GATT blieb bis 1995 das einzige Handelsabkommen. Sein grösster Mangel – das Fehlen

eines Systems zur Streitbeilegung – führte 1995 zur Ablösung durch die Welthandelsorganisation (WTO). Die WTO gehört nicht zum System der Vereinten Nationen.

Auftrag

Die WTO legt Regeln für den Handel zwischen Ländern fest, um einen reibungslosen, berechenbaren und möglichst freien Handel zu fördern. Die Organisation besteht aus einem Sekretariat, einem Generalrat und der Ministerkonferenz, dem obersten Organ der WTO, das alle zwei Jahre zusammentritt. Die Meistbegünstigungsklausel ist einer der Grundpfeiler des Handelssystems der WTO. Jeder Vorteil, den ein WTO-Mitglied einem anderen Mitglied gewährt, muss ohne Diskriminierung auf alle Mitglieder ausgedehnt werden.

Wichtigste Tätigkeiten



Ausarbeitung von Abkommen

Die WTO schafft für die Mitgliedstaaten verbindliche Abkommen. Handelsregeln können nur mit Zustimmung der Mitglieder geändert werden. Diese wird nach Verhandlungen im Konsens erteilt. Zu den jüngeren Abkommen gehört das im Juni 2022 von den WTO-Mitgliedern verabschiedete Übereinkommen über Fischereisubventionen. Es soll schädliche Fischereisubventionen verbieten, die zur weltweiten Erschöpfung der Fischbestände beitragen.



Streitbeilegung

Staaten können ein Streitbeilegungsverfahren beantragen, wenn sie der Ansicht sind, dass ein Mitglied gegen WTO-Abkommen verstossen hat. Das Schiedsverfahren dauert rund ein Jahr. Wird der Verstoß bestätigt, hat der betreffende Staat 20 Tage Zeit, seine Massnahmen mit den Regeln in Einklang zu bringen. Geschieht dies nicht, kann die WTO dem antragstellenden Staat vorübergehende Gegenmassnahmen genehmigen. Zwischen 1995 und 2025 wurden der WTO mehr als 630 Streitfälle vorgelegt.



Technische Unterstützung

Die WTO soll sicherstellen, dass alle Staaten über die nötigen Kapazitäten verfügen, um am Welthandel teilzunehmen. Dazu bietet sie Entwicklungsländern Schulungen an, damit Beamte, Fachleute und Unternehmer die WTO-Regeln besser verstehen. Ziel ist es, die Umsetzung der WTO-Abkommen in ihren Ländern zu fördern und ihnen effizientere Verhandlungen mit ihren Handelspartnern zu ermöglichen.

PRAXISBEISPIEL

2019 beantragte die Europäische Union ein Streitbeilegungsverfahren wegen der von den Vereinigten Staaten erhobenen Antidumpingzölle auf reife Oliven aus Spanien. Antidumpingzölle sind zusätzliche Zölle auf ausländische Waren, deren Preis unter dem vergleichbarer im Inland hergestellter Produkte liegt. Die WTO stellte 2021 und 2024 fest, dass die von den Vereinigten Staaten erhobenen Zölle gegen WTO-Abkommen verstossen. Daraufhin verpflichteten sich die Vereinigten Staaten gegenüber der EU, diese Zölle aufzuheben. Da die gesetzte Frist jedoch verstrich, wandte sich die EU an die WTO und beantragte die Genehmigung für Gegenmassnahmen. Diese wurde im Oktober 2025 erteilt.

DIE INTERNATIONALE ORGANISATION FÜR NORMUNG

Hintergrund

Der Bedarf an internationaler Normung wuchs zu Beginn des 20. Jahrhunderts mit der verstärkten Nutzung von Elektrizität (Strassenbahnen, Strassenlaternen, Kühlschränke usw.). Die verwendeten Einheiten und Begriffe waren nicht einheitlich. Die Internationale Elektrotechnische Kommission (IEC) wurde 1906 in London gegründet und war eine der ersten internationalen Institutionen, die gemeinsame Normen zwischen Staaten festlegte. Sie besteht nach wie vor und hat seit 1948 ihren Sitz in Genf. Nach dem Ersten Weltkrieg entstanden in vielen Ländern breiter ausgerichtete nationale Normungsorganisationen, etwa die 1919 gegründete Schweizerische Normen-Vereinigung. 1947 entstand in Genf unter der Schirmherrschaft der Vereinten Nationen schliesslich die Internationale Organisation für Normung



Internationale Organisation für Normung
© ISO

(ISO), die eng mit nationalen Normungsorganisationen und der IEC zusammenarbeitet.

Auftrag

Die ISO bringt Fachleute aus aller Welt zusammen, um bewährte Verfahren festzulegen, von der Herstellung von Gütern bis zu Managementprozessen. Normung soll Zuverlässigkeit gewährleisten, Vertrauen schaffen und Entscheidungen vereinfachen. Normen dienen Unternehmen wie Konsumenten als Referenz.

Wichtigste Tätigkeiten



Ausarbeitung von Normen

Die Normen werden in technischen Komitees erarbeitet, denen Fachleute aus den betroffenen Branchen sowie Vertreter von Konsumentenverbänden, Hochschulen, NGOs und Regierungen angehören. Jedes Komitee ist für einen bestimmten Bereich zuständig. Zwischen 1947 und 2026 wurden 26'133 ISO-Normen erarbeitet. Obwohl sie technisch sind, prägen sie unseren Alltag ganz konkret. So legt ISO 24444 beispielsweise Verfahren zur Bestimmung des Sonnenschutzfaktors von Sonnenschutzmitteln fest. Unternehmen können sich von einer unabhängigen Stelle zertifizieren lassen, um nachzuweisen, dass sie die Anforderungen einer ISO-Norm erfüllen. Die ISO selbst führt keine Zertifizierungen durch.



Forschung und Statistik

Die ISO führt Untersuchungen durch, um die Auswirkungen von Normen auf Handel und Wirtschaft zu ermitteln. Eine Studie über die Auswirkungen von Normen auf die Volkswirtschaften der ISO-Mitglieder kam unter anderem zum Schluss, dass eine grössere Zahl von Normen zum Wirtschaftswachstum beiträgt. Die ISO stellt zudem eine Datenbank zu den Arbeiten der technischen Komitees zur Verfügung. Darüber hinaus untersucht die ISO neue Möglichkeiten für internationale Normung. Die ISO entwickelt jedoch keine neuen Normen aus eigener Initiative. Sie reagiert stets auf einen Bedarf aus der Industrie oder von Konsumentenverbänden. So soll sichergestellt werden, dass eine Norm einem tatsächlichen Bedarf entspricht.



Repräsentativität und Weiterbildung

Mit Schulungen stärkt die ISO die Kapazitäten von Entwicklungsländern und erleichtert ihnen die Integration internationaler Normen in ihre Volkswirtschaften. Zudem will die ISO die Beteiligung von Entwicklungsländern an der Normenerarbeitung stärken. Drei Viertel der ISO-Mitglieder sind Entwicklungsländer, ihre Beteiligung an der Normenerarbeitung ist jedoch weiterhin gering. Es ist wichtig, dass die von der ISO veröffentlichten Normen die Realität der gesamten Welt widerspiegeln.

PRAXISBEISPIEL

Bei jeder Kreditkartenzahlung – im Geschäft oder online – sorgt ISO 8583 dafür, dass die richtigen Informationen an die Bank übermittelt werden und das Geld korrekt auf das Konto des jeweiligen Händlers oder Online-Anbieters gelangt.

DIE WELTGESUNDHEITSORGANISATION



Weltgesundheitsorganisation
© Yann Forget, Wikimedia Commons

Hintergrund

Vor dem Zweiten Weltkrieg war die internationale Zusammenarbeit im Gesundheitsbereich kaum koordiniert. Die erste echte zwischenstaatliche Gesundheitsorganisation war eine regionale Einrichtung: das 1902 gegründete Panamerikanische Gesundheitsamt. Mit dem Aufschwung des weltweiten Verkehrs – Eisenbahn, Schifffahrt usw. – verbreiteten sich Krankheiten zunehmend über Landesgrenzen hinweg. Eine internationale Koordination wurde daher erforderlich. Deshalb wurde 1907 in Paris das Internationale Amt für öffentliche Hygiene gegründet; 1923 schuf der Völkerbund zusätzlich seine Hygieneorganisation. Beide Einrichtungen bestanden in der Zwischenkriegszeit parallel und legten die Grundlagen für eine universelle Gesundheitsorganisation. Im Rahmen der Gründung der Vereinten Nationen im Jahr 1945 beschlossen die Staaten, eine einzige Organisation zu gründen, die für die

Koordination der weltweiten Gesundheitsmassnahmen zuständig sein sollte. Dazu wurden die Hygieneorganisation des Völkerbunds und das Internationale Amt für öffentliche Hygiene zusammengeführt und die Weltgesundheitsorganisation (WHO) gegründet, die 1948 ihren Sitz in Genf nahm. Die WHO zog in der Folge ein ganzes Ökosystem von Gesundheitseinrichtungen an und machte Genf zu einem Kompetenzzentrum für globale Gesundheit.

Auftrag

Ziel der WHO ist es, allen Völkern zum bestmöglichen Gesundheitszustand zu verhelfen. Sie definiert Gesundheit als einen Zustand körperlichen, geistigen und sozialen Wohlbefindens und nicht nur als das Fehlen von Krankheit oder Gebrechen. Mit sechs Regionalbüros ist die WHO möglichst nahe an den lokalen Gegebenheiten präsent.

Wichtigste Tätigkeiten



Entwicklung gemeinsamer Rahmenbedingungen

Die WHO erarbeitet internationale Normen für den Gesundheitsbereich. Ihr verdanken wir beispielsweise das WHO-Rahmenübereinkommen zur Eindämmung des Tabakgebrauchs, das 2005 in Kraft trat. Das von 168 Staaten unterzeichnete Übereinkommen verbietet unter anderem den Verkauf von Tabak an Minderjährige und schreibt Warnhinweise auf allen Tabakerzeugnissen vor. Im Mai 2025 verabschiedeten die WHO-Mitgliedstaaten nach mehr als drei Jahren Verhandlungen das erste weltweite Pandemieabkommen. Ziel ist es, die Welt besser auf künftige Pandemien vorzubereiten und eine gerechtere Reaktion zu ermöglichen.



Forschung und Ausbildung

Die WHO erhebt weltweit Referenzdaten zur Gesundheit. Ausserdem investiert sie in Forschung und Ausbildung. Sie gründete unter anderem die Internationale Agentur für Krebsforschung (IARC) in Lyon. Die IARC verfügt über sechs Millionen Proben aus aller Welt, die die Laborforschung unterstützen. 2024 eröffnete die WHO zudem eine Akademie, die Lücken in der Ausbildung des Gesundheitspersonals schliessen soll. Die Akademie verfügt über ein hochmodernes Simulationszentrum und empfängt Forschende und Hochschulangehörige aus aller Welt.



Bekämpfung von Epidemien

Die WHO unterstützt die Regierungen beim Ausbau ihrer Gesundheitssysteme und leistet technische Hilfe. Die Ausrottung der Pocken ist der grösste operative Erfolg der WHO. 1967 starben noch jedes Jahr 2 Millionen Menschen an Pocken. Daraufhin startete die WHO eine Massenimpfkampagne und ergriff Massnahmen zur Eindämmung von Ausbrüchen. 1980, dreizehn Jahre später, galten die Pocken offiziell als ausgerottet. Sie ist bis heute die einzige menschliche Krankheit, die weltweit ausgerottet wurde.

PRAXISBEISPIEL

2020 rief die WHO gemeinsam mit der Gavi-Allianz und der Koalition für Innovationen in der Epidemievorsorge COVAX ins Leben. COVAX sollte die Entwicklung und Herstellung von Diagnostika, Therapien und Impfstoffen gegen COVID-19 beschleunigen und einen gerechten Zugang dazu gewährleisten. COVAX endete im Dezember 2023, nachdem fast 2 Milliarden Impfdosen an 146 Länder ausgeliefert worden waren.

DIE INTERNATIONALE FERNMELDEUNION

Hintergrund

Die Verbindung zwischen Genf und der Telekommunikation reicht bis 1774 zurück. Damals nahm der Genfer Georges Le Sage einen der ersten elektrischen Telegrafen in Betrieb – noch bevor Samuel Morse 1843 seinen Telegrafen und den berühmten Morsecode patentieren liess. Mit Hilfe von Telegrafen liessen sich Nachrichten mittels eines Codesystems über grosse Entfernungen übermitteln. Dieses Kommunikationsmittel verbreitete sich rasch; 1851 ermöglichte das erste Unterseekabel den Nachrichtenaustausch zwischen Frankreich und England. Im Jahr 1858 wurde das erste transatlantische Kabel verlegt. Die Nachrichten wurden jedoch nach dem Code des jeweiligen Herkunftslandes übermittelt. Damit Nachrichten von den Diensten verschiedener Länder effizient übermittelt werden konnten, war internationale technische Zusammenarbeit nötig. So wurde 1865 die Internationale Telegraphen-Union gegründet. Sie liess sich in Bern nieder, erhielt 1932 einen neuen Namen und zog 1948 unter dem Dach der Vereinten Nationen nach Genf. Mit der Entwicklung der Kommunikationsmittel erweiterte sich auch ihr Auftrag: Telefon, Radio, Satelliten, Internet, KI.

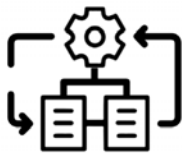


Internationale Fernmeldeunion
© ITU/I. Wood, Wikimedia Commons

Auftrag

Ziel der ITU ist es, die internationale Zusammenarbeit zwischen Regierungen, Privatunternehmen und weiteren Akteuren zu fördern. Gemeinsam sollen praktische Lösungen für die weltweite Einführung neuer Technologien entwickelt und deren reibungsloses Zusammenspiel zwischen den Staaten sichergestellt werden.

Wichtigste Tätigkeiten



Entwicklung gemeinsamer Rahmenbedingungen

Die ITU legt Standards fest, um die weltweite Vernetzung zu erleichtern. Sie sorgt dafür, dass Infrastrukturen über Landesgrenzen hinweg miteinander kommunizieren können. Die ITU hat beispielsweise die Ländervorwahlen festgelegt (+41 für die Schweiz, +33 für Frankreich usw.). Die ITU setzt sich auch dafür ein, dass die Entwicklung der KI dem Gemeinwohl dient. Jedes Jahr veranstaltet sie in Genf den Gipfel *AI for Good*, der Fachleute aus aller Welt zusammenbringt und die Entwicklung von Standards zur Regulierung von KI vorantreibt. Die ITU hat unter anderem eine Arbeitsgruppe geschaffen, die sich mit Sicherheitsstandards für KI befasst.



Internetzugang

99 % der Internetverbindungen laufen über Unterseekabel, wodurch diese in geopolitischen Krisen besonders verwundbar sind. Da solche Kabel regelmässig beschädigt werden, setzte die ITU 2024 eine internationale Arbeitsgruppe zu ihrem Schutz ein. Die ITU hat zudem den Auftrag, den Zugang zum Internet zu fördern. Dazu lancierte sie 2019 gemeinsam mit UNICEF und der Privatwirtschaft die Giga-Initiative. Giga will alle Schulen weltweit mit dem Internet verbinden. Die ITU und ihre Partner ermitteln den Bedarf und bringen Privatwirtschaft und Regierungen zusammen, damit die nötige Ausrüstung bereitgestellt werden kann. Von 2019 bis 2023 wurden 5'800 Schulen ans Internet angeschlossen.



Funk- und Satellitenkoordination

Funkfrequenzen und der Orbitalraum um die Erde sind begrenzte Ressourcen. Um eine unkontrollierte Nutzung und Störungen zu vermeiden, bündelt und bearbeitet die ITU Anträge auf die Inbetriebnahme neuer Satelliten und koordiniert die Zuteilung von Funkfrequenzen. Sobald ein Satellitensystem offiziell im Internationalen Frequenzregister der ITU eingetragen ist, erhält es internationale Anerkennung und Nutzungsrechte. Anschliessend informiert die ITU die anderen Akteure im Weltraum, damit sie prüfen können, ob das neue System ihre eigenen Infrastrukturen beeinträchtigt.

PRAXISBEISPIEL

2019 beantragte SpaceX bei der ITU die Genehmigung für den Betrieb von 30'000 Starlink-Satelliten in einer niedrigen Erdumlaufbahn. Die ITU vergibt Frequenzen und Orbitpositionen nach dem Prioritätsprinzip «first come, first served» und genehmigte den Antrag.

HOCHKOMMISSARIAT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR FLÜCHTLINGE



UNHCR
© Mike Peel, Wikimedia Commons

Hintergrund

Der Erste Weltkrieg und die anschliessenden Friedensverträge führten zu einer Neuordnung der Grenzen. Die Imperien wurden aufgelöst, und zwischen 1914 und 1918 entstanden acht neue Staaten. Diese Umwälzungen lösten grosse Bevölkerungsbewegungen aus. Rund 10 Millionen Menschen wurden vertrieben, was zu Chaos auf den Strassen und an den neu gezogenen Grenzen führte. Minderheiten wurden staatenlos; gleichzeitig kam es zu gross angelegten Bevölkerungsaustauschen. Daraufhin richtete der Völkerbund unter der Leitung Fridtjof Nansens das Hochkommissariat für Flüchtlinge ein. Die zunächst als vorübergehend gedachte Einrichtung sollte die Flüchtlingsfrage in der Zwischenkriegszeit lösen. Doch der Zweite Weltkrieg führte erneut zu grossen Bevölkerungsbewegungen in ganz Europa

und darüber hinaus. Die Institution entwickelte sich mit den aufeinanderfolgenden Krisen weiter und wurde erst 1952 zu einer dauerhaften Einrichtung, als das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR) geschaffen wurde. Es stützt seine Tätigkeit auf das Übereinkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge von 1951, das den Flüchtlingsstatus, die Rechte der betroffenen Personen und die Pflichten der Staaten festlegt. Zentral ist das Non-Refoulement-Prinzip: Niemand darf in ein Land zurückgewiesen werden, in dem sein Leben oder seine Freiheit ernsthaft bedroht wäre.

Als Flüchtling gilt jede Person, die sich aus begründeter Furcht vor Verfolgung wegen ihrer Rasse, Religion, Staatszugehörigkeit, Zugehörigkeit zu einer bestimmten sozialen Gruppe oder wegen ihrer politischen Überzeugung ausserhalb ihres Heimatlandes befindet.»

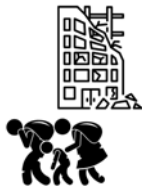
Art. 1A des Übereinkommens über die Rechtsstellung der Flüchtlinge

Auftrag

Das UNHCR schützt Menschen, die gezwungen sind, über internationale

Grenzen hinweg ihre Heimat zu verlassen, Binnenvertriebene und Staatenlose. Staatenlos ist, wer von keinem Staat als Staatsangehöriger anerkannt wird und daher keine Staatsangehörigkeit besitzt. Es begleitet sie in jeder Phase ihres Weges: vom Beginn einer Krise über die Flucht bis zu den Monaten oder sogar Jahren, in denen sie von ihrem Zuhause getrennt sind.

Wichtigste Tätigkeiten



Hilfe in Notsituationen

Bei Konflikten oder Naturkatastrophen müssen Menschen oft von einem Tag auf den anderen fliehen und alles zurücklassen. Das UNHCR reagiert dann rasch, um ihre Sicherheit zu gewährleisten und ihnen Unterkunft, Trinkwasser, Nahrung, Gesundheitsversorgung und Hilfe bei der Familienzusammenführung bereitzustellen. Innerhalb von 72 Stunden kann das UNHCR Hilfsgüter für eine Million Menschen bereitstellen. Das UNHCR überwacht zudem vor Ort, ob Regierungen oder bewaffnete Gruppen Flüchtlinge am Zugang zu sicheren Gebieten hindern. Bei Verstössen sucht das UNHCR das Gespräch mit den Regierungen und informiert die Medien.



Langfristige Integration von Flüchtlingen

Das UNHCR hilft Flüchtlingen, ihr Leben wieder aufzubauen, indem es ihnen Zugang zu Bildung und Arbeit ermöglicht. Fast die Hälfte der Flüchtlinge weltweit ist unter 18 Jahre alt. Für ihre Zukunft ist es entscheidend, dass sie ihre Ausbildung fortsetzen können. Das UNHCR unterstützt Flüchtlinge bei der Arbeitssuche, damit sie ihren Lebensunterhalt bestreiten und zur Gesellschaft beitragen können. Es arbeitet mit Regierungen zusammen, um langfristige Lösungen zu finden. Die wichtigste Lösung ist die freiwillige Rückkehr ins Herkunftsland, sofern die Bedingungen dies zulassen. Weitere Möglichkeiten sind die Integration im Aufnahmeland oder die Neuansiedlung in einem anderen Land.



Anwendung des Rechts

Das UNHCR fördert den Beitritt zum Übereinkommen über die Rechtsstellung der Flüchtlinge, dem 2026 146 Staaten angehören. Es unterstützt die Staaten zudem bei der Registrierung Vertriebener und bei der Präzisierung der Verfahren zur Feststellung des Flüchtlingsstatus. Ausserdem arbeitet es mit Regierungen zusammen, um nationale Gesetze und Praktiken so anzupassen, dass Vertriebene besser geschützt und Staatenlosigkeit beendet werden. So kündigte Kenia 2022 an, der bis dahin von der Regierung nicht anerkannten Pemba-Bevölkerung die Staatsangehörigkeit zu verleihen. In diesem Rahmen unterstützt das UNHCR die Registrierung und die Beschaffung von Ausweispapieren.

DIE WELTORGANISATION FÜR METEOROLOGIE

Hintergrund

Die Erfindung des Telegrafen durch Samuel Morse im Jahr 1843 ermöglichte den Austausch von Wetterbeobachtungen über grosse Entfernungen in Echtzeit. In der Folge entstanden nationale Wetterdienste, die 1873 zur Gründung einer Nichtregierungsorganisation führten: der Internationalen Meteorologischen Organisation (IMO). Von Anfang an erleichterte sie den Austausch von Beobachtungsdaten und die Standardisierung meteorologischer Messmethoden. Nach dem Ersten Weltkrieg gewannen verschiedene Technologien, darunter auch die Zivilluftfahrt, an Bedeutung. Für einen sicheren Luftverkehr wurde es deshalb entscheidend, standardisierte Wetterdaten auszutauschen. 1939 verlegte die Organisation ihren Sitz nach Genf, um ihre Arbeit während des Zweiten Weltkriegs in einem neutralen Gebiet



Weltorganisation für Meteorologie
© Torbjorn Toby Jorgensen, Wikimedia

fortzusetzen. 1950 wurde sie als Weltorganisation für Meteorologie (WMO) zu einer Sonderorganisation der Vereinten Nationen.

Auftrag

Die WMO fördert die internationale Zusammenarbeit zwischen Wetterdiensten. Sie setzt sich dafür ein, dass Daten weltweit nach vergleichbaren Methoden erhoben werden und allen zugänglich sind. So lassen sich Klimaveränderungen beobachten und Risiken frühzeitig erkennen. Die WMO arbeitet mit sechs Regionalkommissionen und zwei Fachkommissionen zusammen: Eine befasst sich mit Prognose- und Beobachtungsinfrastrukturen, die andere mit den Wechselwirkungen zwischen Wetterereignissen und menschlichen Aktivitäten.

Wichtigste Tätigkeiten



Frühwarnung

Die WMO stattet besonders von Extremwetter betroffene Gebiete mit Frühwarnsystemen aus, damit Gefahren früh erkannt, die Bevölkerung gewarnt und verheerende Folgen vermieden werden können. Zudem hat sie gemeinsam mit der ITU, dem Büro der Vereinten Nationen für Katastrophenvorsorge, der Internationalen Föderation der Rotkreuz- und Rothalbmondgesellschaften und der Privatwirtschaft die Initiative *Early Warnings for All* ins Leben gerufen. Sie soll den Einsatz von KI ausbauen, um gefährdete Bevölkerungsgruppen vor und nach Katastrophen zu unterstützen.



Zugang zu Daten und Standards

Die WMO erleichtert den Zugang zu Wetterdaten über eine gemeinsame Plattform. Ihre Fachkommissionen legen zudem Standards fest, damit Fachleute weltweit nach denselben Verfahren arbeiten und sich verständigen können. So hat beispielsweise die WMO die verschiedenen Wolkentypen benannt (Stratus, Cumulonimbus usw.). Der Internationale Wolkenatlas, den die IMO – die Vorläuferin der WMO – 1896 einführte, vereinheitlichte die Begriffe weltweit und ist bis heute ein Referenzwerk. Die WMO legt ausserdem Standards für die Luftfahrt, die Seeschifffahrt und die Landwirtschaft fest.



Unterstützung der Infrastruktur vor Ort

Die WMO stellt sicher, dass alle Mitgliedstaaten meteorologische Beobachtungen erheben und austauschen können. Dazu ist sie vor Ort präsent, unterstützt Infrastrukturprojekte und bietet technische Schulungen an. So explodierte 2023 in Guinea ein Treibstofflager und beschädigte das Gebäude der nationalen Wetterbehörde schwer. Die WMO unterstützte die Behörde dabei, ihre Tätigkeit fortzusetzen und zu einer eigenständigen Struktur überzugehen. Dank der lokalen Teams und der WMO konnten die Wetterdienste der Behörde ohne Unterbruch weiterarbeiten.

SCHON GEWUSST?

Die Verbindung zwischen Genf und der Meteorologie reicht bis ins Jahr 1783 zurück. Der Genfer Horace-Benedict de Saussure erfand ein damals neuartiges meteorologisches Instrument: das Haarhygrometer. Damit liess sich die Luftfeuchtigkeit messen, indem ein Haar mit einer Nadel verbunden wurde. Unsere Haare reagieren nämlich auf Feuchtigkeit: Bei feuchter Luft werden sie länger, bei trockener kürzer.

DIE EUROPÄISCHE ORGANISATION FÜR KERNFORSCHUNG



CERN
© Switzerland Tourism, Colin Frei

Hintergrund

Nach dem Krieg wollte man Europa wieder zusammenführen und friedliche Beziehungen zwischen den Staaten wiederherstellen, indem man die wissenschaftliche Zusammenarbeit förderte. Zahlreiche europäische Wissenschaftler hatten den Kontinent während des Krieges verlassen. Umso wichtiger war es, Europa für die Forschung wieder attraktiv zu machen. So gründeten 12 Staaten 1953 den Conseil européen en recherche nucléaire (CERN). Obwohl der offizielle Name heute Europäische Organisation für Kernforschung lautet, ist das ursprüngliche Akronym erhalten geblieben. Das CERN erstreckt sich über die Grenze zwischen der Schweiz und Frankreich, ist weltweit führend in der Teilchenphysik und zählt 2026 insgesamt 25 Länder. Das CERN gehört nicht zum System der Vereinten Nationen.

Auftrag

Das CERN will den Ursprung des Universums ergründen und fördert dazu die internationale wissenschaftliche Zusammenarbeit. Es betreibt den Grossen Hadronenkollider (LHC), den leistungsstärksten Teilchenbeschleuniger, der je gebaut wurde.

Wichtigste Tätigkeiten



CERN
© Genève Tourisme, Gauvin Lapetoule



CERN
© Switzerland Tourism, Colin Frei



Hôpitaux universitaires de Genève, Universitäts-spital Genf © UNIGE

Grundlagenforschung

Um den Ursprung des Universums zu verstehen, entwickelt das CERN äusserst leistungsstarke Teilchenbeschleuniger, darunter den berühmten LHC. Ein Teilchen ist ein unendlich kleines, unteilbares Element. Mit einem Beschleuniger lassen sich die Bedingungen unmittelbar nach dem Urknall nachstellen. In einem Beschleuniger kollidieren Teilchen mit sehr hoher Geschwindigkeit, damit Forschende beobachten können, welche Materie bei diesen Zusammenstössen entsteht. Es ist, als würde man zwei Erdbeeren aufeinanderprallen lassen und aus ihrem Zusammenstoss entstünden andere Früchte. Es ist etwas entstanden, das es zuvor noch nicht gab. Das CERN erforscht, wie dies geschehen konnte – und damit, wie unsere Welt entstanden ist.

Wissenschaftsvermittlung

Das CERN vermittelt die Grundlagen seiner Arbeit seit vielen Jahren einer breiten Öffentlichkeit. Da nicht alle Besuchsanfragen berücksichtigt werden konnten, wurde das Science Gateway dank privater Spenden errichtet. Das im Oktober 2023 eröffnete Science Gateway soll die Bedeutung der Grundlagenforschung aufzeigen und das Interesse junger Menschen an Naturwissenschaften, Technologie, Ingenieurwesen und Mathematik wecken. Das vom weltbekannten Architekten Renzo Piano entworfene Science Gateway empfängt jährlich mehr als 300'000 Besucherinnen und Besucher aus 180 Ländern. Mit seinen Ausstellungen, Lernlaboren und Veranstaltungen zählt es zu den meistbesuchten Orten Genfs.

Beitrag zur Gesellschaft

Das CERN entwickelt hoch spezialisierte Instrumente für die Grundlagenforschung. Die dabei entwickelten Technologien werden anschliessend mit der Gesellschaft geteilt und in anderen Bereichen eingesetzt. So hat die Zusammenarbeit mit der Medizin beispielsweise zur Entwicklung von PET-Scans und der Strahlentherapie beigetragen, die zur Erkennung und Behandlung von Krebs eingesetzt werden. Das bekannteste Beispiel ist jedoch die Erfindung des World Wide Web am CERN im Jahr 1989. Es sollte Forschenden ermöglichen, Informationen weltweit einfach auszutauschen. Heute ist es aus unserer Gesellschaft nicht mehr wegzudenken.

PRAXISBEISPIEL

Das CERN arbeitet mit sechs UNO-Organisationen zusammen: ITU, WIPO, WHO, WMO, UNITAR und der UNO in Genf. So arbeitet das CERN im Rahmen des CAiMIRA-Projekts eng mit der WHO zusammen. Gemeinsam entwickeln sie ein Instrument, mit dem sich die Luftqualität und die Konzentration von Viren in geschlossenen Räumen messen lassen.

DIE WELTORGANISATION FÜR GEISTIGES EIGENTUM

Hintergrund

Mit der industriellen Revolution begann bereits im 18. Jahrhundert ein Wettlauf um Innovationen – und damit stieg das Risiko der Nachahmung. Die Schweiz leitete ihre industrielle Revolution beispielsweise ein, indem sie englische Maschinen importierte und kopierte. Mit der ab Mitte des 19. Jahrhunderts zunehmenden Globalisierung des Handels, angetrieben vom Aufschwung der Kommunikations- und Transportmittel, wurde ein weltweiter Schutz des geistigen Eigentums immer wichtiger. Ingenieure zögerten, ihre Erfindungen auf Messen und Weltausstellungen zu präsentieren, weil sie Nachahmung befürchteten. 1884 unterzeichneten 9 Staaten, darunter die Schweiz, die Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums und setzten damit eine internationale Schutzbewegung in Gang.



Weltorganisation für geistiges Eigentum
© Genève Tourisme

1886 wurde die Berner Übereinkunft zum Schutz von Werken der Literatur und Kunst unterzeichnet. 1893 wurden in Bern die Vereinigten Internationalen Büros zum Schutz des geistigen Eigentums eingerichtet. 1960 zogen sie nach Genf; 1970 wurden sie durch die Weltorganisation für geistiges Eigentum (WIPO) ersetzt. 1974 wurde die WIPO Teil des Systems der Vereinten Nationen. Heute verwaltet die WIPO 28 Verträge zum geistigen Eigentum.

Auftrag

Geistiges Eigentum umfasst geistige Schöpfungen: Erfindungen, literarische und künstlerische Werke, Zeichnungen, Modelle, Embleme, Namen und Bilder, die im Geschäftsverkehr verwendet werden. Die WIPO bietet Dienstleistungen, mit denen Kreative, Innovatorinnen und Innovatoren sowie Unternehmen ihr geistiges Eigentum grenzüberschreitend schützen können.

Wichtigste Tätigkeiten



Internationale Patentanmeldungen

Die WIPO erleichtert den internationalen Schutz von Erfindungen über das internationale Patentsystem (PCT). Der 1978 eingeführte PCT bietet Unternehmen und Fachleuten die Möglichkeit, ihre Erfindungen in mehreren Ländern schützen zu lassen. Eine internationale Patentanmeldung bei der WIPO erspart es, in jedem einzelnen PCT-Mitgliedsstaat eine separate Patentanmeldung einzureichen. Damit wird der weltweite Schutz einer Innovation erheblich vereinfacht. 2026 gehören 158 Staaten dem PCT an. Die WIPO arbeitet mit nationalen Stellen zusammen, um die Bearbeitung internationaler Patentanmeldungen zu erleichtern.



Markenschutz

Das Madrider System bietet eine praktische Lösung für die weltweite Eintragung und Verwaltung von Marken. Das 1891 eingeführte System wurde laufend weiterentwickelt. Heute können Unternehmen mit einer einzigen internationalen Registrierungsanmeldung bei der WIPO und einer einzigen Gebührenzahlung Schutz in den 132 erfassten Ländern beantragen. Damit entfällt dasselbe Verfahren in jedem einzelnen Land, in dem eine Marke geschützt werden soll. Eine Datenbank gibt Auskunft über Marken, die weltweit bereits eingetragen sind. Darin sind mehr als 50 Millionen Marken erfasst.



Schieds- und Mediationszentrum

1994 richtete die WIPO ein Schieds- und Mediationszentrum ein, das schnelle und kostengünstige Verfahren zur Streitbeilegung sowie Fachwissen anbietet. Grossunternehmen, KMU, Start-ups, Kunstschafter, Erfinderinnen und Erfinder, Universitäten und Produzenten nutzen diese Verfahren, um nationale oder grenzüberschreitende Streitigkeiten über geistiges Eigentum – etwa Urheberrechte, Patente oder Marken – effizient beizulegen. Die WIPO ist zudem weltweit führend bei der Beilegung von Streitigkeiten über Domainnamen. Das Zentrum hat zwischen 1999 und 2025 fast 80'000 Fälle bearbeitet.

PRAXISBEISPIEL

PATENTSCOPE ist die Datenbank der WIPO, in der alle über den PCT eingereichten Patentanmeldungen erfasst sind. Seit 1980 hat der Sportartikelhersteller Nike mehr als 10'000 Patentanmeldungen eingereicht.

UNTERRICHTSAKTIVITÄT

Quiz

Dauer: ca. 15 Min.

Zielgruppe: Klassen der Sekundarstufen I und II

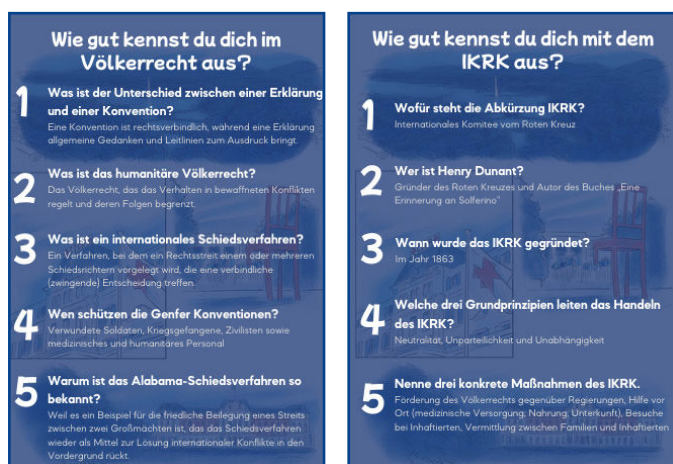
Empfohlene Fächer: Recht, Geschichte, Philosophie, Geografie, Politische Bildung

Lernziele

- Den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, ihren Wissensstand zum Internationalen Genf selbst einzuschätzen
- Die wichtigsten Inhalte thematisch und spielerisch vertiefen
- Das Gelernte auf spielerische Weise überprüfen

OPTION 1: Kartenspiel für den Unterricht

Die Fondation pour Genève hat einen Satz thematischer Fragekarten erstellt, die alle Themen des Dossiers „Genf, Stadt mit internationaler Berufung“ abdecken. Dieses Quiz orientiert sich am Prinzip von Kartenspielen mit steigendem Schwierigkeitsgrad. Jede Karte befasst sich mit einem Thema im Zusammenhang mit dem internationalen Genf und enthält fünf Fragen, von der einfachsten bis zur schwierigsten. Ziel ist es, den eigenen Wissensstand zu dem jeweiligen Thema selbst einschätzen zu können. Jede Frage bringt die ihrem Schwierigkeitsgrad entsprechende Punktzahl ein (Frage 1 ist die einfachste und bringt 1 Punkt, usw.). Beispielkarten finden Sie unten.



Die Spielelemente sind über den untenstehenden Link auf der Website der Fondation pour Geneve verfügbar.



www.fondationpourgeneve.ch/accompagnement-bd

Spielablauf

Zu Beginn jeder Runde nennt die fragende Person das Thema, zum Beispiel: «Wie gut kennst du dich aus mit der Welthandelsorganisation / dem Versailler Vertrag / der Reformation?» Die antwortende Person schätzt ihren eigenen Wissensstand zum Thema ein und nennt eine Zahl von 1 bis 5, wobei 1 für die einfachste und 5 für die schwierigste Stufe steht. Anschliessend wird ihr die entsprechende Frage gestellt. Ist die Antwort richtig, erhält sie die entsprechende Punktzahl (Frage 1 = 1 Punkt usw.). Ist die Antwort falsch, erhält sie keinen Punkt. Gewonnen hat, wer mehr als 25 Punkte erreicht.

Beispielrunde

Spieler 1 zieht eine Karte und stellt die Frage: «Wie gut kennst du dich mit dem IKRK aus?»

Spieler 2 schätzt seinen Wissensstand ein und nennt die entsprechende Zahl: «2»

Spieler 1 liest Frage 2 vor: «Wer ist Henry Dunant?»

Spieler 2 antwortet: «Er ist der Gründer des Roten Kreuzes.»

Spieler 1 sagt, ob die Antwort richtig ist: «*Richtig, du erhältst 2 Punkte.*»

Vorschläge für die Durchführung im Unterricht.

Das Spiel kann in Gruppen von 2 bis 3 Personen gespielt werden.
Es dauert etwa 15 Minuten.

OPTION 2: Online-Quiz auf der Eduki-Website

Die Eduki-Stiftung entwickelt thematische Quiz zum Internationalen Genf. Sie sind über diesen Link verfügbar und können von den Schülerinnen und Schülern einzeln oder in Gruppen gespielt werden



<https://eduki.ch/de/quiz-de/>



GENF, INNOVATIONSTREIBER DER INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT

WELTWIRTSCHAFTSFORUM

Hintergrund

In den 1970er-Jahren teilte der Kalte Krieg die Welt in zwei Blöcke (Sowjetunion und USA), und die Geopolitik wurde zum Schauplatz ideologischer Auseinandersetzungen. Die UNO hatte Mühe, einen wirksamen Dialog zu ermöglichen, da ihr Sicherheitsrat durch das Vetosystem blockiert war. Zugleich war dies eine wirtschaftlich schwierige Phase: Das Bretton-Woods-System (siehe Abschnitt WTO, S. 23) und die Trente Glorieuses gingen zu Ende. Die Welt war somit mit tiefgreifenden Umbrüchen konfrontiert. In diesem Umfeld wurde das World Economic Forum in Genf gegründet. Es sollte eine neue Antwort auf globale Herausforderungen bieten, indem es Regierungen, Unternehmen und die Zivilgesellschaft zusammenbrachte. Das Konzept beruht auf dem sogenannten «Geist von Davos»: der Einbindung verschiedener Interessengruppen, der Zusammenarbeit und dem offenen Austausch zwischen Wirtschaft und Diplomatie.

Auftrag

Das WEF bringt politische Entscheidungsträgerinnen und -träger, Unternehmensführungen, Intellektuelle und Vertreterinnen und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammen, um über zentrale globale Herausforderungen zu diskutieren. Dazu veranstaltet es seit 1971 das bekannte Forum in Davos, das jedes Jahr Spitzenvertreterinnen und -vertreter aus Wirtschaft und Diplomatie zusammenführt und weltweit grosse mediale Aufmerksamkeit erhält. Das Forum ist eine Plattform, auf der die liberalen Werte, die die Nachkriegswelt geprägt haben, jedes Jahr überprüft und neu definiert werden. Mit anerkannten Publikationen wie dem Global Competitiveness Report, dem Global Risks Report und dem Future of Jobs Report hat sich das WEF zudem als Referenz etabliert. Darüber hinaus baut das WEF Fachwissen zu zahlreichen Themen auf, die die Weltwirtschaft beeinflussen können. Dafür hat es 11 thematische Zentren geschaffen. Jedes dieser Zentren bringt Führungskräfte aus Wirtschaft und öffentlicher Hand, Zivilgesellschaft, Wissenschaft und weiteren Bereichen zusammen, um Ideen auszutauschen und gemeinsame Programme voranzubringen.

Das WEF hat damit eine neue Form der internationalen Zusammenarbeit angestossen, die auf Partnerschaften zwischen öffentlichem und privatem Sektor beruht und von der Überzeugung ausgeht, dass eine stabile und nachhaltige Welt Gesellschaft und Wirtschaft zugutekommt.

WELTKLIMARAT (IPCC)

Hintergrund

Seit den 1970er-Jahren wächst weltweit das Bewusstsein für Klimafragen. Die Stockholmer Konferenz von 1972 war eine der ersten Veranstaltungen, die Umweltfragen ins Zentrum internationaler politischer Diskussionen rückte. In der Folge schuf die UNO das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), während die WMO ein Weltklimaforschungsprogramm initiierte. 1985 fand die Villacher Konferenz statt, die erste internationale Konferenz zur Rolle von Kohlendioxid und anderen Treibhausgasen beim Klimawandel. Im Anschluss an diese Konferenz gründeten die WMO und das UNEP den Weltklimarat (IPCC). Der Weltklimarat (IPCC) ist eine zwischenstaatliche Organisation, in der die Regierungen der UNO- oder WMO-Mitgliedstaaten vertreten sind, und hat seinen Sitz in Genf.

Auftrag

Der Weltklimarat (IPCC) stellt Regierungen wissenschaftliche Informationen zur Verfügung, die ihnen bei der Ausarbeitung nationaler Klimapolitik helfen. Er bringt Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt zusammen, um den Wissensstand zum Klimawandel zu bewerten. Er führt selbst keine Experimente durch und finanziert keine Forschung. Seine Aufgabe besteht darin, veröffentlichte wissenschaftliche Studien zusammenzutragen, zu analysieren und zu synthetisieren, um daraus ein klares und verlässliches Gesamtbild zu gewinnen. Etwa alle 6 bis 7 Jahre veröffentlicht der Weltklimarat (IPCC) einen umfassenden Sachstandsbericht, der von Hunderten Fachleuten verfasst und von Tausenden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern sowie Regierungsvertretungen begutachtet wird. Die Zusammenfassungen für politische Entscheidungsträger werden von den Mitgliedstaaten Zeile für Zeile genehmigt und erhalten dadurch internationale Legitimität.

HOCHKOMMISSARIAT DER VEREINTEN NATIONEN FÜR MENSCHENRECHTE



UNHCDH

© Genève Tourisme, Olivier Miche

Hintergrund

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte wurde 1948 von praktisch allen damaligen UNO-Mitgliedern – 10 Staaten – unterzeichnet. Sie ist das erste Dokument der Geschichte, das grundlegende Menschenrechte definiert. Von 1948 bis 1974 wurden Menschenrechtsfragen von einer UNO-Abteilung in New York behandelt. Diese wirkte an der Ausarbeitung von Erklärungen und Übereinkommen mit, die den Grundstein für den internationalen Menschenrechtsrahmen legten. 45 Jahre nach der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte beschloss eine Weltkonferenz 1993 in Wien, eine UNO-Einrichtung eigens für Menschenrechte zu schaffen: das Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte (OHCHR). Diese Veränderung erfolgte vor dem Hintergrund des Endes des Kalten Krieges, als

die Menschenrechtsfrage die beiden Blöcke nicht mehr gegeneinanderstellte.

Auftrag

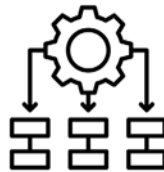
Das OHCHR fördert die Menschenrechte, indem es ihre Verankerung in den Programmen der Vereinten Nationen sicherstellt, schwerste Verstösse untersucht und technische Unterstützung leistet. Die Menschenrechtskommission war seit 1946 sein wichtigstes Organ. Auf Initiative der Schweiz wurde sie reformiert und 2006 durch den Menschenrechtsrat ersetzt, um die Wirksamkeit zu erhöhen.

Wichtigste Tätigkeiten



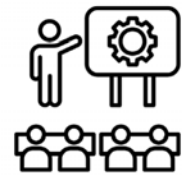
Allgemeine regelmässige Überprüfung (UPR)

Eine der wichtigsten Neuerungen bei der Schaffung des Menschenrechtsrats war eine obligatorische Überprüfung für alle Mitgliedstaaten. Alle 4,5 Jahre muss jeder Mitgliedstaat über die Menschenrechtslage Bericht erstatten. Anschliessend erhält er Empfehlungen und verpflichtet sich, diese umzusetzen. Seit der ersten regelmässigen Überprüfung im Jahr 2008 wurde jeder der 193 Mitgliedstaaten dreimal überprüft. 2022 begann ein neuer Zyklus. Am Ende des 3. Zyklus lag die Annahmequote der Empfehlungen durch die überprüften Staaten bei 76 %. Die UPR stützt sich auf den nationalen Bericht des überprüften Staates, auf Berichte von UNO-Menschenrechtsexpertinnen und -experten sowie auf Informationen anderer unabhängiger Akteure wie NGOs. Für den Fall einer Nichtumsetzung sieht das System jedoch keine Sanktionen vor.



Achtung und Weiterentwicklung des Rechts

Alle Organe des Systems der Vereinten Nationen sind verpflichtet, die Menschenrechte in ihre Tätigkeit einzubeziehen. Das OHCHR hat die Aufgabe, dies sicherzustellen. Zugleich treibt das OHCHR die Weiterentwicklung rechtlicher Normen zum Schutz der Menschenrechte voran. So verabschiedete der Menschenrechtsrat auf seiner ersten Tagung 2006 das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen, das später von der UNO-Generalversammlung angenommen wurde. Das OHCHR verfügt zudem über ein Beschwerdeverfahren, über das jede Person Menschenrechtsverletzungen melden kann, die sie selbst erlitten oder beobachtet hat. Dieses Verfahren soll die Achtung der Menschenrechte fördern und Betroffenen ein Instrument an die Hand geben. Jedes Jahr gehen Tausende Beschwerden ein.



Unterstützung vor Ort

Die Staaten sind für die Umsetzung der Menschenrechtsnormen verantwortlich. Das OHCHR stellt ihnen dafür Fachwissen zur Verfügung, etwa zu Fragen der Justiz, zur Reform nationaler Gesetze und zu Wahlprozessen. Das OHCHR verfügt über 18 eigenständige Länderbüros, unter anderem in der Ukraine und in Palästina, sowie über 11 Regionalbüros. Diese Präsenz ermöglicht eine Analyse der Lage aus nächster Nähe und erleichtert die Zusammenarbeit mit der Regierung des betreffenden Landes, den nationalen Behörden und den Betroffenen. Darüber hinaus verfügt es über ein Schnellreaktionsteam, das bei humanitären Notlagen Untersuchungskommissionen einsetzt. So hielt der Menschenrechtsrat im Januar 2026 eine Sondersitzung ab und beschloss nach der Niederschlagung der Proteste im Iran, eine Untersuchung einzuleiten.

GAVI - DIE IMPFALLIANZ

Hintergrund

Bis in die 1970er-Jahre waren in den ärmsten Ländern kaum 10 % der Kinder gegen Keuchhusten, Tuberkulose im Kindesalter, Tetanus, Polio, Masern und Diphtherie geimpft. Dank der Bemühungen von UNICEF wurde eine aus öffentlichen Spenden finanzierte zentrale Beschaffungsstelle eingerichtet, um die Preise zu senken. Es wurden erhebliche Mittel gesammelt, und die Impfquote stieg stark an. In den 80er- und 90er-Jahren gingen diese Programme jedoch zurück, sodass die weltweite Impfsituation von Kindern erneut prekär wurde. Vor diesem Hintergrund wurde im Jahr 2000 GAVI, die Impfallianz, gegründet. Grundlage war eine anfängliche Finanzausage der Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung von 750 Millionen US-Dollar über fünf Jahre, die später auf eine Milliarde erhöht wurde. Damit wurde die private Stiftung zum wichtigsten Geldgeber von GAVI. GAVI ist damit ein prägnantes Beispiel für eine öffentlich-private Partnerschaft innerhalb des Internationalen Genf. Das Governance-Modell verbindet die technische Expertise der WHO, die Beschaffungskapazität von UNICEF, das Finanzwissen der Weltbank, Impfstoffhersteller, Länder mit niedrigem Einkommen sowie grosse öffentliche und private Geldgeber. Diese hybride Struktur veranschaulicht die Entwicklung der Global Governance hin zu inklusiveren Formen, in denen Staaten, internationale Organisationen und Privatwirtschaft zusammenarbeiten.

Auftrag

GAVI will Kindern in Ländern mit niedrigem Einkommen schneller Zugang zu Impfungen verschaffen. Seit seiner Gründung hat GAVI dazu beigetragen, mehr als 822 Millionen Kinder zu impfen. Da die Allianz fast die Hälfte aller Kinder weltweit erreicht, verfügt sie über genügend Verhandlungsmacht, um mit Herstellern günstigere Preise auszuhandeln. 2022 kostete die vollständige Impfung eines Kindes mit den 11 von der WHO empfohlenen Impfstoffen in den von GAVI unterstützten Ländern rund 28 US-Dollar, gegenüber rund 1100 US-Dollar in den Vereinigten Staaten. Die Zahl der Hersteller, die von GAVI unterstützte Impfstoffe produzieren, stieg von 5 im Jahr 2001 auf 17 im Jahr 2017; die Mehrheit davon befindet sich in Afrika, Asien und Lateinamerika. GAVI war Mitorganisator von COVAX, dem wichtigsten Anbieter kostenloser COVID-19-Impfstoffe für Länder mit niedrigem Einkommen.

GLOBALER FONDS ZUR BEKÄMPFUNG VON AIDS, TUBERKULOSE UND MALARIA

Hintergrund

Zu Beginn der 2000er-Jahre führten Aids, Tuberkulose und Malaria trotz gemeinsamer Bemühungen von WHO, UNAIDS, NGOs und Staaten weiterhin zu Millionen Infektionen und Todesfällen, insbesondere in Ländern mit niedrigem Einkommen. Als Reaktion darauf wurde 2001 am G8-Gipfel in Genua auf Initiative des damaligen UNO-Generalsekretärs Kofi Annan eine neue Initiative lanciert. Sie führte in Genf zur Gründung des Globalen Fonds zur Bekämpfung von Aids, Tuberkulose und Malaria.

Auftrag

Anders als die WHO ist der Globale Fonds keine Organisation der Vereinten Nationen, sondern eine Stiftung nach Schweizer Recht. Seine Aufgabe besteht nicht darin, selbst Gesundheitsprogramme durchzuführen, sondern finanzielle Mittel zu mobilisieren und umzuverteilen, um die Bekämpfung dieser drei Krankheiten zu unterstützen und die Gesundheitssysteme in Ländern mit niedrigem und mittlerem Einkommen zu stärken. Seit 2002 hat der Globale Fonds in mehr als 155 Ländern fast 50 Milliarden US-Dollar investiert und zählt damit heute zu den wichtigsten internationalen Geldgebern im Bereich der globalen Gesundheit.

Das Besondere am Globalen Fonds ist sein Governance-Modell, das öffentliche und private Akteure zusammenbringt. 92 % seiner Mittel stammen von Regierungen; zugleich mobilisiert er philanthropische Stiftungen wie die Bill-und-Melinda-Gates-Stiftung sowie weitere private Partner.

Diese öffentlich-private Struktur spiegelt eine Entwicklung der Global Governance wider, in der Staaten weder die einzigen Geldgeber noch die einzigen Entscheidungsträger sind. Sie trägt zudem dazu bei, Genf als Zentrum der Governance im Bereich der globalen Gesundheit zu positionieren.

GENEVA SCIENCE DIPLOMACY ANTICIPATOR (GESDA)

Hintergrund

Die Gründung von GESDA geht auf umfassende Überlegungen zur Stärkung der Gaststaatstrategie der Schweizerischen Eidgenossenschaft zwischen 2012 und 2018 zurück. 2012 erhielt Genf den Zuschlag als Sitz des Grünen Klimafonds nicht; dieser ging nach Südkorea. Für Genf war dies eine herbe Niederlage, da die Stadt bereits in der ersten Runde ausschied. Daraufhin setzte das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten eine Taskforce ein, die über die Zukunft des Internationalen Genf nachdenken sollte. Diese als Task Force Geneve Internationale (TAFOGI) bezeichnete Arbeitsgruppe legte dem Bundesrat 2013 einen ersten Bericht über die Herausforderungen des Internationalen Genf vor. Im Frühjahr 2015 wurden die Überlegungen unter der Leitung einer neuen Gruppe namens Genève+ fortgesetzt, die später den Kern von GESDA bilden sollte. 2018 legte Genève+ seinen Abschlussbericht vor. Darin wurde die Gründung einer unabhängigen Stiftung vorgeschlagen, die auf wissenschaftlicher Vorausschau beruht und auf das immer schnellere Tempo der technologischen Entwicklung reagieren soll.

Auftrag

Die privatrechtliche Stiftung GESDA steht im Zentrum der sogenannten **Wissenschaftsdiplomatie**. GESDA praktiziert eine Form der Wissenschaftsdiplomatie, die sich als Inkubator für konkrete Lösungen versteht. Sie will abschätzen, wie sich technologische Innovationen, die heute in Laboren entstehen, in 5, 10 und 25 Jahren auf die Gesellschaft auswirken werden, um sie bereits während ihrer Entwicklung auf das Gemeinwohl auszurichten. Dazu bringt GESDA Hunderte Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler aus aller Welt zusammen. Im jährlich erscheinenden Referenzwerk GESDA Science Breakthrough Radar identifizieren sie technologische Fortschritte, die sich auf Menschen, Gesellschaft und Planeten auswirken könnten.

Diese Erkenntnisse werden anschliessend mit der diplomatischen Gemeinschaft geteilt, damit daraus Pilotlösungen entstehen können, die Staaten bei der Bewältigung globaler Herausforderungen unterstützen. So lancierte GESDA das am CERN in Genf angesiedelte Open Quantum Institute. Es soll den weltweiten Zugang zu Quantentechnologien erleichtern und Anwendungsfälle entwickeln, die dazu beitragen könnten, die Ziele für nachhaltige Entwicklung der Vereinten Nationen bis 2030 schneller zu erreichen. Quantencomputing ermöglicht es, sehr viele Möglichkeiten parallel zu untersuchen und bestimmte Problemtypen wesentlich schneller zu lösen. So könnte ein Quantencomputer unter Tausenden möglichen Kombinationen rasch das beste Szenario ermitteln, etwa zur Optimierung der Verkehrsströme des öffentlichen Verkehrs einer Stadt, während ein klassischer Computer jede Option nacheinander prüfen müsste.



Wissenschaftsdiplomatie umfasst Praktiken an der Schnittstelle zwischen wissenschaftlicher und diplomatischer Gemeinschaft. Wo zwei Welten aufeinandertreffen, braucht es eine gemeinsame Sprache: Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler müssen die Sichtweisen und Herausforderungen der Diplomatie verstehen, Diplomatinen und Diplomaten jene der Wissenschaft. Wissenschaftsdiplomatie kann verschiedene Formen annehmen:

1. Wissenschaft für die Diplomatie: wissenschaftliche Zusammenarbeit nutzen, um die Beziehungen zwischen Staaten zu verbessern. Beispiel: CERN
2. Diplomatie für die Wissenschaft: diplomatische Beziehungen nutzen, um bedeutende internationale Wissenschaftsprojekte zu unterstützen. Beispiel: das ITER-Projekt, an dem 35 Staaten beteiligt sind
3. Wissenschaft in der Diplomatie: politische Fragestellungen mithilfe wissenschaftlicher Beratung beleuchten. Beispiel: der Weltklimarat (IPCC), der mit detaillierten wissenschaftlichen Berichten politische Entscheidungen zum Klima unterstützt

DAS INTERNATIONALE GENF VON MORGEN

Das Internationale Genf ist seit mehr als 100 Jahren aktiv und hat sich im Laufe der Zeit mit Krisen, Konflikten und neuen Herausforderungen weiterentwickelt. Es hat seine Kompetenzfelder laufend erweitert – von der humanitären Tätigkeit ab 1864 bis zur heutigen Beschäftigung mit künstlicher Intelligenz. Seine auf eine sogenannte technische internationale Zusammenarbeit ausgerichtete Entwicklung macht Genf zu einem einzigartigen Zentrum der Global Governance.

Heute steht die internationale Zusammenarbeit jedoch unter Druck. Sie hängt – und hing schon immer – vom guten Willen der Mitgliedstaaten ab. Einige Staaten ziehen sich aus bestimmten Organisationen zurück. Dadurch geraten diese in Finanzierungskrisen und müssen ihre Arbeitsweise überdenken. Diese Entwicklung führt zu einer breiteren Debatte über neue Entwicklungsmöglichkeiten für die internationale Zusammenarbeit. Im Laufe seiner Geschichte

hat das Internationale Genf immer wieder neue Formen der Zusammenarbeit hervorgebracht. Es hat unterschiedliche Akteure zusammengebracht, um auf neue Herausforderungen zu reagieren. Das WEF, GAVI, der Globale Fonds und GESDA sind Beispiele dafür. Damit vereint das Internationale Genf alle Voraussetzungen, um zum Motor eines neuen Multilateralismus zu werden. Vor diesem Hintergrund werden mehrere Ansätze diskutiert, um die internationale Zusammenarbeit von Genf aus neu zu gestalten:



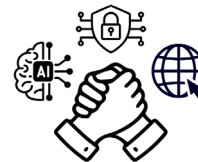
Neue Akteure einbinden

Die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffenen Strukturen der Global Governance bilden die heutige Welt nicht mehr angemessen ab. Der Aufstieg bestimmter Länder verändert ihre Rolle in der Weltpolitik.



Finanzierung neu denken

Die Finanzierung internationaler Organisationen hängt zu stark vom Willen der Mitgliedstaaten ab. Um die Programme langfristig zu sichern, müssen die Finanzierungsquellen diversifiziert und öffentlich-private Partnerschaften gefördert werden.



Zusammenarbeit bei neuen Herausforderungen ausbauen

Die internationale Zusammenarbeit zu neuen Herausforderungen wie KI, Digitalisierung und Cybersicherheit auszubauen, ist entscheidend, da diese die gesamte Gesellschaft betreffen.



KI spielt im Internationalen Genf eine immer wichtigere Rolle. Mehrere Akteure setzen sich dafür ein, Genf als globales Diskussionszentrum für KI-Governance zu positionieren. Zu den zahlreichen Initiativen gehören unter anderem:

1. Der ITU-Gipfel «IA for Good», der jedes Jahr Fachleute aus aller Welt in Genf zusammenbringt und eine KI-Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls vorantreibt;
2. Anfang 2026 schuf die UNO-Generalversammlung das **unabhängige internationale wissenschaftliche Gremium für KI**. Es besteht aus 40 Mitgliedern aus allen Regionen und soll für KI eine ähnliche Rolle übernehmen wie der Weltklimarat (IPCC) für die globale Erwärmung (siehe S. 35). Die UNO-Generalversammlung initiierte zudem den **Globalen Dialog über KI-Governance**, der im Juli 2026 in Genf stattfindet.
3. Nach Paris und Neu-Delhi richtet Genf **2027 den Weltgipfel zur KI aus**, auf dem Regierungen, Führungspersonlichkeiten und Unternehmen über einen globalen Rahmen für KI beraten.
4. Zahlreiche internationale Organisationen mit Sitz in Genf integrieren KI, um ihre Tätigkeit effizient weiterzuentwickeln. So nutzt das CERN KI zur Analyse der mit seinem Teilchenbeschleuniger erhobenen Daten; die WMO setzt KI-Modelle ein, um den Klimawandel zu analysieren und Naturkatastrophen besser vorzubeugen; und das IKRK erarbeitete 2024 eigene Richtlinien für einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz im Rahmen seines Mandats.
5. Das IKRK macht auf die Auswirkungen von KI in bewaffneten Konflikten aufmerksam und setzt sich in diesem Bereich für verantwortungsvolle Regeln ein. Es warnt insbesondere vor autonomen Waffen, vor der Rolle von KI bei Cyberangriffen und vor ihrem Einsatz bei Entscheidungen über militärische Angriffe.
6. **Einbindung der lokalen Hochschul- und Forschungswelt:** Das Swiss AI Center wurde von der HES-SO geschaffen, um in der Schweiz Instrumente zu entwickeln, die den Einsatz von KI-Komponenten bei der digitalen Transformation von KMU beschleunigen. Der **Pôle IA, das Zentrum für künstliche Intelligenz im Gesundheitsbereich auf dem Campus Biotech**, bringt Ärztinnen und Ärzte, Forschende sowie KI-Fachleute zusammen, um neue Diagnose-, Behandlungs- und Präventionsmethoden zu fördern. Auch das IHEID und die DiploFoundation befassen sich mit den Wechselwirkungen zwischen KI und Diplomatie.
7. **Einbindung des Privatsektors:** Trust Valley ist eine Initiative der Kantone Waadt und Genf. Sie hat sich zu einer weltweiten Referenz entwickelt und vereint rund 400 Unternehmen und Institutionen zu KI-Governance, Quantentechnologien, Cybersicherheit und kritischen digitalen Infrastrukturen. **GAIGI** ist ein unabhängiges Institut mit Sitz in Genf, das auf Grundlage weltweit bestehender Referenzrahmen branchenspezifische Rahmenwerke für KI-Governance entwickelt.

Doch wie das Internationale Genf von morgen aussehen wird, welche Themen es aufgreift und welche Werte es vertritt, das werden auch Ihre Schülerinnen und Schüler mitprägen. Es wird dazu beitragen, die Welt zu gestalten, in der sie leben werden. Sie können ihre Konturen mitgestalten, indem sie ihre Anliegen und Hoffnungen einbringen. Dieses Dossier soll sie in diese Überlegungen einbeziehen.

UNTERRICHTSAKTIVITÄT

Simulation einer Pressekonferenz zum Thema KI-Regulierung

Dauer: ca. 1,5 Stunden

Zielgruppe: Klassen der Sekundarstufen I und II

Empfohlene Fächer: Recht, Geschichte, Philosophie, Geografie, Politische Bildung

Lernziele

- Den Schülerinnen und Schülern ermöglichen, strukturiertes Sprechen zu üben
- Die Fähigkeit entwickeln, zu argumentieren und komplexe Fragen zu beantworten
- Aktuelle Herausforderungen der KI-Regulierung verstehen
- Ethische, soziale und politische Fragen der Regulierung künstlicher Intelligenz untersuchen
- Die Reflexion über die Auswirkungen dieser neuen Technologie auf das eigene Leben und die Welt fördern

Allgemeiner Überblick

Bei dieser Aktivität wird eine internationale Pressekonferenz zu einem Entwurf für die Regulierung künstlicher Intelligenz simuliert. Eine Gruppe von Schülerinnen und Schülern vertritt eine internationale Organisation (IO), die einen Vertragsentwurf zur KI-Regulierung vorstellt.

Der Rest der Klasse übernimmt die Rolle von Journalistinnen und Journalisten und wird in zwei Gruppen aufgeteilt:

- Journalistinnen und Journalisten, die den Vorschlag unterstützen
- Kritische oder ablehnende Journalistinnen und Journalisten

Gruppeneinteilung

Für eine Klasse mit 20 bis 25 Schülerinnen und Schülern:

Gruppe A – Internationale Organisation (3 bis 5 Schülerinnen und Schüler)

Sie erarbeiten einen Vorschlag zur KI-Regulierung und stellen ihn vor.

Gruppe B – Befürwortende Journalistinnen und Journalisten (6 bis 10 Schülerinnen und Schüler)

Sie stellen Fragen, die den Vorschlag unterstützen, vertiefen oder seine Vorteile hervorheben.

Gruppe C – Kritische Journalistinnen und Journalisten (6 bis 10 Schülerinnen und Schüler)

Sie stellen Fragen, die den Vorschlag hinterfragen, bezweifeln oder grundsätzlich infrage stellen.

Besondere Rolle der Moderation (Lehrperson)

- Das Wort fair verteilen.
- Darauf achten, dass die Wortbeiträge kurz und respektvoll bleiben.
- Sicherstellen, dass die Fragen sachlich und relevant bleiben (keine persönlichen Angriffe, keine Abschweifungen).
- Für einen zügigen Ablauf der Aktivität sorgen.

Ablauf der Aktivität

Einführung durch die Lehrperson (15 Min.)

- Was ist KI?

Der Begriff bezeichnet die Fähigkeit von Computersystemen, Aufgaben auszuführen, die normalerweise menschliches Denken erfordern würden. Ein bekanntes Beispiel für künstliche Intelligenz ist das Programm, auf dem ChatGPT basiert; es gibt jedoch viele weitere. Ein KI-System arbeitet mithilfe von Algorithmen. Ein klassischer Algorithmus ist eine Reihe von Anweisungen oder Regeln, die ein Computer oder eine Maschine befolgt, um eine Frage zu beantworten oder ein Problem zu lösen. Maschinelles Lernen ist eine Form künstlicher Intelligenz, die aus den Daten, mit denen sie trainiert wurde, eigene Anweisungen ableiten kann. Das System nutzt diese Anweisungen anschliessend, um eine Lösung für ein bestimmtes Problem zu finden. Gewissermassen programmiert sich die Software selbst. Einige dieser Systeme lernen auch nach der Zuweisung einer bestimmten Aufgabe weiter, indem sie Daten aus ihrer jeweiligen Einsatzumgebung auswerten. *(Erklärung nach der Website des IKRK, siehe Quellen)*

II. Vorbereitung (15 Minuten)

Gruppe A – Internationale Organisation

1. Einen Vertragsvorschlag mit 2 oder 3 konkreten Massnahmen ausarbeiten (z. B. Transparenz der Algorithmen, Datenschutz, Schaffung einer unabhängigen Behörde).
2. Begründen, weshalb diese Massnahmen notwendig sind.
3. Eine 2- bis 3-minütige mündliche Präsentation vorbereiten, gegliedert nach:
 - Dem erkannten Problem bzw. den erkannten Risiken
 - Den vorgeschlagenen Lösungen
 - Den erwarteten Vorteilen
 - Argumente zur Verteidigung des Vorschlags vorbereiten: mögliche Fragen der Journalistinnen und Journalisten antizipieren und überzeugende, klare Antworten formulieren.

Gruppen B und C – Journalistinnen und Journalisten

Mehrere Fragen für die Pressekonferenz vorbereiten:

- Befürwortende Journalistinnen und Journalisten: Fragen, die zur Klärung beitragen, Vorteile hervorheben oder positive Aspekte vertiefen.
- Kritische Journalistinnen und Journalisten: Fragen, die Risiken, Grenzen, Widersprüche oder mögliche negative Auswirkungen in den Mittelpunkt stellen.

Die Fragen sollen präzise, relevant und respektvoll formuliert sein.

III. Pressekonferenz (20 Minuten)

1. Vorstellung der IO (2–3 Minuten)

Gruppe A stellt ihren Regulierungsvorschlag kurz vor:

- Warum ist eine KI-Regulierung notwendig (Risiken, Herausforderungen)?
- Welche konkreten Massnahmen werden vorgeschlagen (z. B. Transparenz, Kontrollen, Nutzungsbeschränkungen)?
- Welche Vorteile werden erwartet (Sicherheit, Schutz der Rechte, ausgewogenes Verhältnis zwischen Innovation und Verantwortung)?

2. Fragen der Journalistinnen und Journalisten (20 Minuten)

Die Pressekonferenz ist als Abfolge wechselnder Fragerunden organisiert.

Die Journalistinnen und Journalisten melden sich, um ihre Frage zu stellen.

Die Lehrperson übernimmt die Moderation, achtet auf die Zeit und sorgt für ein ausgewogenes Verhältnis der Fragen.

Empfohlene Reihenfolge:

1. Eine befürwortende Journalistin oder ein befürwortender Journalist stellt eine Frage; die IO antwortet.
2. Eine kritische Journalistin oder ein kritischer Journalist stellt eine Frage; die IO antwortet.
3. So wird abgewechselt, bis die vorgesehene Zeit abgelaufen ist.

Die Antworten der IO sollen klar, strukturiert und unmittelbar auf die jeweilige Frage bezogen sein.

IV. Gemeinsame Auswertung (5–10 Minuten)

In einer kurzen Nachbesprechung können folgende Punkte aufgegriffen werden:

- Die Qualität der gestellten Fragen,
- Die Relevanz der Antworten,
- Das Verständnis der Herausforderungen rund um die KI-Regulierung,
- Schwierigkeiten beim mündlichen Ausdruck.

Die Diskussion kann auch dazu dienen, die Argumente der beiden Journalistengruppen miteinander zu vergleichen.



IN

B

ZE
KNOX

1559

IHC

REUNION DU SYNODE
GENERAL DE PARIS
FONDATION DE
UNIVERSITE ET COLLEGE
DE GENEVE

ENGAGIERTE AKTEURE *(nicht abschliessende Liste)*

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA)

Das EDA ist das für die Aussenpolitik zuständige Departement des Bundes. Es legt die internationale Strategie der Schweiz fest und unterstützt in diesem Rahmen das Internationale Genf, insbesondere durch Friedensförderung, humanitäre Hilfe und Multilateralismus. Es trägt zur Finanzierung und Weiterentwicklung internationaler Organisationen bei.

Ständige Vertretung der Schweiz bei der UNO

Die Ständige Vertretung vertritt die Schweiz offiziell bei der UNO und den anderen internationalen Organisationen in Genf. Sie nimmt an multilateralen Verhandlungen teil, vertritt die Positionen der Schweiz und koordiniert zwischen den Bundesbehörden in Bern und den diplomatischen Gesprächen in Genf.

Direktion für internationale Angelegenheiten des Kantons Genf (DAI)

Die DAI ist die kantonale Stelle, die die Behörden berät, lokale Akteure koordiniert und Initiativen rund um das Internationale Genf unterstützt. Sie fördert die internationale Rolle Genfs, schafft Synergien und trägt dazu bei, den Kanton als Zentrum der Global Governance zu positionieren, das an Lösungen für globale Herausforderungen arbeitet.

Dienststelle für Aussenbeziehungen und Kommunikation der Stadt Genf

Diese Dienststelle ist für die Beziehungen der Stadt zum Internationalen Genf zuständig. Sie pflegt den Kontakt zu institutionellen Partnern und wirkt an der Organisation internationaler Veranstaltungen mit. Sie arbeitet eng mit der Ständigen Vertretung der Schweiz und dem Kanton zusammen, um die internationale Rolle Genfs zu stärken.

Stiftung für Liegenschaften internationaler Organisationen (FIPOI)

Die FIPOI ist eine privatrechtliche, gemeinnützige Stiftung. Sie erleichtert die Ansiedlung und Entwicklung internationaler Organisationen im Kanton Genf und teilweise auch im Kanton Waadt, indem sie ihnen bedarfsgerechte Räumlichkeiten und Infrastrukturen zur Verfügung stellt.

Empfangszentrum des Internationalen Genf (CAGI)

Das CAGI unterstützt Diplomatinen und Diplomaten, Mitarbeitende internationaler Organisationen und NGOs bei ihrer Niederlassung in Genf. Es bietet praktische Informationen etwa zu Wohnungssuche, Behördengängen und der Erwerbstätigkeit von Ehepartnerinnen und Ehepartnern und organisiert Integrationsangebote, die das Einleben vor Ort erleichtern.

Stiftung zur Anpassung des Internationalen Genf (FAGI)

Die FAGI wurde 2025 vom Kanton Genf und der Hans-Wilsdorf-Stiftung gegründet und unterstützt vorübergehend internationale Organisationen und Genfer NGOs in finanziellen Schwierigkeiten. Ihr Ziel ist es, Genfs Stellung als bedeutendes Zentrum der internationalen Zusammenarbeit zu erhalten und zu stärken.

Fondation pour Genève

Die Fondation pour Genève setzt sich für die Ausstrahlung, Attraktivität und Weltoffenheit Genfs ein. Sie arbeitet mit den Bundes- und Genfer Behörden zusammen, um Initiativen für die internationale Entwicklung Genfs anzustossen, und schlägt Brücken zwischen dem privaten und dem öffentlichen Sektor. Sie vereint fünf Organisationen: die Eduki-Stiftung, den Cercle international, den Club Diplomatique de Geneve, das Empfangsnetzwerk des CAGI und den Verein GVA2.

Eduki-Stiftung

Die Eduki-Stiftung sensibilisiert junge Menschen für die internationale Zusammenarbeit. Sie schafft Verbindungen zwischen Organisationen und jungen Menschen, organisiert Aktivitäten zum Internationalen Genf, entwickelt Unterrichtsmaterial für Lehrpersonen und veranstaltet einen Wettbewerb für Schulklassen aus der ganzen Schweiz.

Club Diplomatique de Geneve

Der Club Diplomatique de Geneve bringt Entscheidungsträgerinnen und -träger des Internationalen Genf zusammen und schafft durch exklusive Veranstaltungen Synergien. Konferenzen, Debatten, Besichtigungen und thematische Exkursionen sollen den Austausch über aktuelle Herausforderungen anregen. Er fördert die Beziehungen zwischen der internationalen Gemeinschaft und dem Gaststaat.

Cercle international

Der Cercle international empfängt Persönlichkeiten des Internationalen Genf und ihre Partnerinnen und Partner und möchte ihnen den Aufenthalt in Genf so angenehm wie möglich gestalten. Mit verschiedenen Aktivitäten tagsüber und abends fördert er in geselliger Atmosphäre soziale Kontakte zwischen der lokalen und der internationalen Gemeinschaft.

LISTE DER ABKÜRZUNGEN

AIPG: Internationale Zentralstelle für Kriegsgefangene
CAGI: Empfangszentrum des Internationalen Genf
CEI: Internationale Elektrotechnische Kommission
CERN: Europäische Organisation für Kernforschung
IKRK: Internationales Komitee vom Roten Kreuz
IARC: Internationale Agentur für Krebsforschung
DAI: Direktion für internationale Angelegenheiten (Genf)
EDA: Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (Schweiz)
HVR: Humanitäres Völkerrecht
ECOSOC: Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen
Ecolint: Internationale Schule Genf
FAGI: Stiftung zur Anpassung des Internationalen Genf
FIPOI: Stiftung für Liegenschaften internationaler Organisationen
GATT: Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen
GAVI: Impfallianz (Gavi, the Vaccine Alliance)
GESDA: Geneva Science and Diplomacy Anticipator
IPCC: Weltklimarat
OHCHR: Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Menschenrechte
KI: Künstliche Intelligenz
IHEID: Hochschulinstitut für internationale Studien und Entwicklung
ISO: Internationale Organisation für Normung
LHC: Grosser Hadronenkollider
SDGs: Ziele für nachhaltige Entwicklung
ILO: Internationale Arbeitsorganisation
WTO: Welthandelsorganisation
IMO: Internationale Meteorologische Organisation
WMO: Weltorganisation für Meteorologie
WIPO: Weltorganisation für geistiges Eigentum
WHO: Weltgesundheitsorganisation
NGO: Nichtregierungsorganisation
ONUG: Büro der Vereinten Nationen in Genf
UNAIDS: Gemeinsames Programm der Vereinten Nationen für HIV/Aids
UNO: Vereinte Nationen
NATO: Nordatlantikpakt-Organisation
PCT: Vertrag über die Zusammenarbeit auf dem Gebiet des Patentwesens
KMU: Kleine und mittlere Unternehmen
UNEP: Umweltprogramm der Vereinten Nationen
SDN: Völkerbund
TAFOGI: Task Force on the Future of Geneva International
ITU: Internationale Fernmeldeunion
UNESCO: Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR: Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge
UNHRC: UNO-Menschenrechtsrat
UNICEF: Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen
UNITAR: Ausbildungs- und Forschungsinstitut der Vereinten Nationen
WEF: Weltwirtschaftsforum

QUELLEN

Allgemeine Informationen

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. (o. J.). Die Neutralität der Schweiz. Schweizerische Eidgenossenschaft.

file:///Users/p153/Downloads/neutralitaet-schweiz_FR.pdf

Martin-Bidou, P. (2017). Merkblatt 12. Die Gründung internationaler Organisationen. Merkblätter zum Völkerrecht: Kurszusammenfassungen und Übungen mit Lösungen (S. 56–59). Ellipses. <https://droit.cairn.info/fiches-de-droit-international-public-3e-edition--9782340019812-page-56?lang=fr>.

Ärzte ohne Grenzen. (o. J.). Nichtregierungsorganisation. Praktisches Wörterbuch des humanitären Völkerrechts

<https://dictionnaire-droit-humanitaire.org/content/article/2/organisation-non-gouvernementale/>

Vereinte Nationen. (o. J.). Ständige Vertretungen. UNO Genf.

<https://www.ungeneva.org/fr/permanent-missions>

Vereinte Nationen. (o. J.). Multilateralismus.

<https://www.un.org/fr/global-issues/multilateral-system>

Vereinte Nationen. (o. J.). Überblick über die Vertragssammlung der Vereinten Nationen.

https://treaties.un.org/Pages/overview.aspx?path=overview/definition/page1_fr.xml

Vereinte Nationen. (1969). Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge (angenommen am 23. Mai 1969, in Kraft getreten am 27. Januar 1980).

Vertragssammlung der Vereinten Nationen, Bd. 1155, S. 331.

Vereinte Nationen. (1975). Wiener Übereinkommen über die Vertretung von Staaten in ihren Beziehungen zu internationalen Organisationen universellen Charakters (angenommen am 14. März 1975).

Vertragssammlung der Vereinten Nationen, Bd. 69, S. 140.

Servettaz, E. (2025, 2. Juni). Die Schweizer Diplomatinen und Diplomaten – neutrale Gesandte in einer Welt im Umbruch. SWI swissinfo.ch. <https://www.swissinfo.ch/fre/affaires-etrangeres/les-diplomates-suis-ses-des-%C3%A9missaires-neutres-dans-un-monde-chamboul%C3%A9/89416875>

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). (1. Februar 2026). Geschichte des EDA. <https://www.eda.admin.ch/fr/histoire-du-dfae>

Media Flow. (o. J.). Diplomatie im Wandel der Jahrhunderte.

<https://admin.media-flow.ch/la-diplomatie-a-travers-les-siecles>

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). (1. Februar 2026). Diplomatie im Wandel der Jahrhunderte. <https://www.eda.admin.ch/fr/la-diplomatie-a-travers-les-siecles>

Genf – Zufluchtsort

Kuntz, J. (2010). Genf – Geschichte einer internationalen Berufung.

Tosato-Rigo, D. (12. Dezember 2014). Protestantische Flüchtlinge. In: «Historisches Lexikon der Schweiz». <https://hls-dhs-dss.ch/fr/articles/026884/2014-12-12/>

Günat, M. (2024)

Genfer Wörter: ein Zufluchtsort im Laufe der Jahrhunderte. Le Temps.

<https://www.letemps.ch/opinions/chroniques/les-mots-de-geneve-un-refuge-au-fil-des-siecles>

Genf, ein idealer Ort für die Weiterentwicklung des Rechts

Allemann, M. (2020, 16. April). Hugo Pratt, das IKRK und Äthiopien. Cross-Files – Blog des Archivs des Inter-

nationalen Komitees vom Roten Kreuz.

<https://blogs.icrc.org/cross-files/fr/hugo-pratt-le-cicr-et-l-ethiopie/>

Internationales Komitee vom Roten Kreuz. (o. J.). Die Genfer Konventionen und ihre Kommentare.

<https://www.icrc.org/fr/droit-et-politique/les-conventions-de-geneve-et-leurs-commentaires>

Eduki-Stiftung. (2025). Dossier 1: Humanitäre Hilfe.

https://eduki.ch/wp-content/uploads/2025/03/Eduki_Dossier1_Aide_humanitaire.pdf

DAUVIN, Pascal; Johanna Siméant-Germanos, Humanitäre Arbeit. Akteure von NGOs – vom Hauptsitz bis zum Einsatzgebiet, Paris, Presses de Sciences Po, 2002.

HERRMANN Irène, «Humanitäre Hilfe auf dem Prüfstand». Überlegungen zur Geschichte des Roten Kreuzes, Paris, Éditions du Cerf, 2018.

Le Temps. (o. J.). 1914 lernte das IKRK, die Zivilbevölkerung zu schützen.

<https://www.letemps.ch/opinions/1914-cicr-apprend-protoger-civils>

Tribune de Genève. (9. Oktober 2022). Ein amerikanisch-britisches Schiedsverfahren begründet die internationale Rolle Genfs.

<https://www.tdg.ch/un-arbitrage-americano-britannique-fonde-la-vocation-internationale-de-geneve-794215336273>

William W. Park & Bruno de Fumichon, Ein Rückblick auf die Alabama-Affäre: Über Nutzen und Geschichte der

Internationalen Schiedsgerichtsbarkeit, in: Revue de l'Arbitrage 743 (2019).

Verfügbar unter: https://scholarship.law.bu.edu/faculty_scholarship/821

Internationales Komitee vom Roten Kreuz. (o. J.). Unser Mandat und unser Auftrag.

<https://www.icrc.org/fr/notre-mandat-et-notre-mission>

Stadt Genf. (o. J.). Die Genfer Konventionen.

<https://www.geneve.ch/faire-geneve/decouvrir-geneve-quartiers/histoire-geneve/role-international-geneve/conventions-geneve>

Internationales Genf. (o. J.). Die Genfer Konventionen: 160 Jahre Geschichte.

<https://www.geneve-int.ch/fr/les-conventions-de-geneve-160-ans-dhistoire>

Cotter, C. (2024, 12. August). Die anhaltende Bedeutung der Genfer Konventionen. Cross-Files – Blog des Archivs des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz.

<https://blogs.icrc.org/cross-files/fr/la-pertinence-sans-fin-des-conventions-de-geneve/>

Radio Télévision Suisse: Das IKRK lanciert ein Projekt für ein digitales Emblem gegen Cyberangriffe

<https://www.rts.ch/info/sciences-tech/2026/article/le-cicr-lance-un-embleme-numerique-contre-les-cyberattaques-29299026.html>

Internationales Komitee vom Roten Kreuz. (o. J.). Schutz.

<https://www.icrc.org/fr/nos-activites/protection#text942106>

Internationales Komitee vom Roten Kreuz. (2009). Professionelle Standards für Schutzaktivitäten humanitärer Organisationen und Menschenrechtsorganisationen in bewaffneten Konflikten und anderen Gewaltsituationen.

https://www.icrc.org/sites/default/files/external/doc/fr/assets/files/other/icrc_001_0937.pdf

Genf, Hauptstadt der Global Governance

Hidalgo-Weber, O., & Lescaze, B. (Hrsg.). (2020). 100 Jahre Multilateralismus in Genf: vom Völkerbund zur UNO. Éditions Suzanne Hurter.

Vereinte Nationen. (o. J.). Covenant of the League of Nations.

<https://www.ungeneva.org/fr/about/league-of-nations/covenant>

Eduki-Stiftung. (2022). Frieden und das System der Vereinten Nationen. Eduki-Stiftung.

Vereinte Nationen. (1926). Übereinkommen über die Sklaverei (unterzeichnet in Genf am 25. September 1926, geändert durch das Protokoll vom 7. Dezember 1953). Vertragssammlung der Vereinten Nationen.

https://treaties.un.org/pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtsg_no=XVIII-2&chapter=18&clang=_fr

Internationale Arbeitsorganisation. (2026). Vom Exil in die Arbeitswelt: Im Flüchtlingslager Zaatari bauen Syrerinnen und Syrer ihr Leben neu auf.

www.ilo.org/fr/resource/article/de-lexil-lemploi-au-camp-de-zaatari-des-syriens-reconstruisent-leur-vie

Le Temps. (o. J.). Die ILO – in Basel von Industriepionieren ins Leben gerufen.

<https://www.letemps.ch/carrieres-et-formation/loit-nee-bale-peres-industriels>

Bibliothèque de Genève. (o. J.). William Emmanuel Rappard.

<https://www.bge-geneve.ch/iconographie/personne/william-emmanuel-rappard>

International School of Geneva. (o. J.). International School of Geneva (Ecolint).

<https://www.ecolint.ch/fr>

Graduate Institute of International and Development Studies. (o. J.). Discover the Institute.

<https://www.graduateinstitute.ch/discover-institute>

Eduki-Stiftung. (2025). Internationales Genf. Eduki-Stiftung.

https://eduki.ch/wp-content/uploads/2025/03/20140717_dossier_8_geneveinternationale_optimise.pdf

Völkerbund. (1924). Genfer Erklärung über die Rechte des Kindes.

Stadt Genf. (2024). 100 Jahre Genfer Erklärung.

<https://www.geneve.ch/actualites/dossiers-information/100-declaration-geneve>

Internationale Arbeitsorganisation. (1999). Übereinkommen Nr. 182 über das Verbot und unverzügliche Massnahmen zur Beseitigung der schlimmsten Formen der Kinderarbeit.

https://normlex.ilo.org/dyn/nrmlx_fr/f?p=1000:62:0::NO::P62_LIST_ENTRIE_ID:2453907

Vereinte Nationen. (o. J.). Overview of the United Nations Treaty Collection.

https://treaties.un.org/Pages/overview.aspx?path=overview/definition/page1_fr.xml#declarations

Munari, A. (o. J.). Jean Piaget und die Bildung. L'Agora.

https://agora.qc.ca/documents/piaget--jean_piaget_et_leducation_par_alberto_munari

UNESCO International Bureau of Education. (o. J.). History.

<https://www.ibe.unesco.org/fr/about-us/history>

UNESCO International Bureau of Education. (o. J.). Transforming the curriculum.

<https://www.ibe.unesco.org/fr/node/196?hub=18>

Genf, globales Zentrum für technische Fachkompetenz

Vereinte Nationen. (o. J.). Büro der Vereinten Nationen in Genf.

<https://www.unog.ch>

Ministerium für Europa und auswärtige Angelegenheiten. (2010). Die UNO: 60 Jahre Geschichte. France Diplomatie.

https://www.diplomatie.gouv.fr/fr/france_829/label-france_5343/les-numeros-label-france_5570/lf60-60-ans-onu_11476/dossier-60-sup-e-sup-anniversaire-un-tournant-pour-onu_11477/onu-soixante-ans_22258.html

Eduki-Stiftung. (2020). Internationales Genf (Themenblatt).

https://eduki.ch/wp-content/uploads/2025/03/20201109_Fiche_Geneve_Internationale_FR-2020_web_3.pdf

Der Internationale Gerichtshof verpflichtet Uganda zur Zahlung von 325 Millionen US-Dollar an die Demokratische Republik Kongo. (13. Februar 2022). ONU Info.

<https://news.un.org/fr/story/2022/02/1114002>

Welthandelsorganisation. (o. J.). Leitbild.

https://www.wto.org/french/thewto_f/whatis_f/wto_dg_stat_f.htm

Welthandelsorganisation. (o. J.). Stärkung der Handelskapazitäten.

https://www.wto.org/french/tratop_f/devel_f/build_tr_capa_f.htm

Welthandelsorganisation. (30. Oktober 2024). Blog des stellvertretenden WTO-Generaldirektors Xiangchen Zhang.

https://www.wto.org/french/blogs_f/ddg_xiangchen_zhang_f/blog_xz_30oct24_f.htm

Welthandelsorganisation. (o. J.). Streitbeilegung in der WTO.

https://www.wto.org/french/thewto_f/whatis_f/tif_f/disp1_f.htm

Welthandelsorganisation. (o. J.). Statistiken zur Streitbeilegung.

https://www.wto.org/french/tratop_f/dispu_f/dispustats_f.htm

Welthandelsorganisation. (o. J.). Vereinigte Staaten – Antidumping- und Ausgleichszölle auf reife Oliven aus Spanien (DS577).

https://www.wto.org/french/tratop_f/dispu_f/cases_f/ds577_f.htm

Von Holzen, M. (2026, 26. Januar). Angesichts der schwersten Umwälzungen seit 80 Jahren ruft WTO-Chefin Ngozi Okonjo-Iweala dazu auf, protektionistischen Tendenzen entgegenzutreten. Le Temps.

<https://www.letemps.ch/economie/face-aux-pires-bouleversements-depuis-80-ans-la-patron-ne-de-l-omc-ngozi-okonjo-iweala-appelle-a-lutter-contre-les-derives-du-protectionnisme>

Internationale Organisation für Normung. (2017). ISOfocus 123.

[https://www.iso.org/files/live/sites/isoorg/files/news/magazine/ISOfocus%20\(2013–heute\)/de/2017/ISOfocus_123/ISOfocus_123_DE.pdf](https://www.iso.org/files/live/sites/isoorg/files/news/magazine/ISOfocus%20(2013–heute)/de/2017/ISOfocus_123/ISOfocus_123_DE.pdf)

Internationale Organisation für Normung. (2010). ISO Focus+, Januar 2010.

[https://www.iso.org/files/live/sites/isoorg/files/news/magazine/ISO%20Focus+%20\(2010-2013\)/fr/2010/ISO%20Focus+,%20Januar%202010.pdf](https://www.iso.org/files/live/sites/isoorg/files/news/magazine/ISO%20Focus+%20(2010-2013)/fr/2010/ISO%20Focus+,%20Januar%202010.pdf)

Internationale Organisation für Normung. (o. J.). Kapazitätsaufbau.

<https://www.iso.org/fr/capacity-building.html>

Internationale Organisation für Normung. (o. J.). Erarbeitung von Normen.

<https://www.iso.org/fr/developing-standards.html>

Ailleret, P. (1987). [Geschichte der IEC, der ersten internationalen Normungsorganisation, von 1906 bis 1926]. Bulletin d'histoire de l'électricité, 10.

https://www.persee.fr/doc/helec_0758-7171_1987_num_10_1_1030

Internationale Organisation für Normung. (o. J.). Intelligente Verkehrssysteme.

<https://www.iso.org/fr/transport/sti-systemes-transport-intelligents>

Internationale Organisation für Normung. (o. J.). [Normen und Wirtschaftswachstum].

https://www.iso.org/files/live/sites/isoorg/files/store/fr/PUB100456_fr.pdf

World Health Organization. (o. J.). Unsere Arbeit.

<https://www.who.int/fr/our-work>

Thirteenth General Programme of Work. (o. J.).

<https://www.who.int/about/general-programme-of-work/thirteenth>

Eduki-Stiftung. (2025). Internationales Genf. Eduki-Stiftung.

https://eduki.ch/wp-content/uploads/2025/03/20140717_dossier_8_geneveinternationale_optimise.pdf

Beigbeder, Y. (1995). Kapitel I. Die historischen Ursprünge der WHO. In: Die Weltgesundheitsorganisation. Genf: Graduate Institute Publications.

<https://doi.org/10.4000/books.iheid.3966>

World Health Organization. (2025, May 20). World Health Assembly adopts historic pandemic agreement to make the world more equitable and safer from future pandemics.

<https://www.who.int/fr/news/item/20-05-2025-world-health-assembly-adopts-historic-pandemic-agreement-to-make-the-world-more-equitable-and-safer-from-future-pandemics>

Bundesamt für Kommunikation. (o. J.). Die ITU – ein Bindeglied der Informationsgesellschaft.
<https://www.bakom.admin.ch/fr/luit-un-trait-dunion-de-la-societe-de-linformation>

Internationale Fernmeldeunion. (o. J.). Unsere Tätigkeitsfelder.
<https://www.itu.int/fr/action/Pages/default.aspx>

Internationale Fernmeldeunion. (o. J.). History of ITU.
<https://www.itu.int/fr/history/Pages/ITUsHistory-page-2.aspx>

Resilienz von Unterseekabeln – ITU – 29. November 2024. (2024, 29. November). UN Genf – Multimedia-Newsroom.
<https://www.unognewsroom.org/story/fr/2441/submarine-cable-resilience-itu-29-november-2024>
Die ITU richtet eine internationale Arbeitsgruppe zum Schutz von Unterseekabeln ein. (2024, 29. November). ONU Info.
<https://news.un.org/fr/story/2024/11/1151011>

Internationale Fernmeldeunion. (2026, 28. Januar). Why standards are key to agentic AI security and digital IDs.
<https://www.itu.int/hub/2026/01/why-standards-are-key-to-agentic-ai-security-and-digital-ids/>

UNICEF Schweiz und Liechtenstein. (o. J.). Giga: Jede Schule ans Internet anschliessen.
<https://www.unicef.ch/fr/giga>

Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. (o. J.). Unsere Tätigkeiten.
<https://www.unhcr.org/fr/nos-activites>

Hochkommissariat der Vereinten Nationen für Flüchtlinge. (2022, 14. Dezember). Das UNHCR begrüsst die Entscheidung Kenias, die Staatenlosigkeit der Pemba-Bevölkerung zu beenden.
<https://www.unhcr.org/fr/actualites/communiqués-de-presse/le-hcr-salue-la-decision-du-kenya-de-mettre-fin-lapatridie-de-la>

Digitec. (o. J.). Telegrafie: das Internet des 19. Jahrhunderts.
<https://www.digitec.ch/fr/page/la-telegraphie-linternet-du-19e-siecle-37482>

Weltorganisation für Meteorologie. (2017). Technische Vorschriften der WMO: Interview mit Dimitar Ivanov.
<https://wmo.int/fr/media/magazine-article/reglement-technique-de-lomm-entretien-avec-dimitar-ivanov>

Weltorganisation für Meteorologie. (o. J.). Wolkenbeschreibungen.
<https://cloudatlas.wmo.int/fr/descriptions-of-clouds.html>

Weltorganisation für Meteorologie. (o. J.). Fachkommissionen.
<https://wmo.int/fr/about-us/governance/technical-commissions>

Weltorganisation für Meteorologie. (o. J.). Successful CREWS project improves meteorological service delivery in Guinea.
<https://wmo.int/media/project-update/successful-crews-project-improves-meteorological-service-delivery-guinea>

Logean, S. (5. Mai 2024). Die Teilchenphysik steht im Zentrum zahlreicher medizinischer Fortschritte im Kampf gegen Krebs. Le Temps.
<https://www.letemps.ch/sciences/sante/la-physique-des-particules-est-au-coeur-de-nombreuses-avancees-medicales-contre-le-cancer?srltid=AfmBOoo9ArX1mzPfMOFSkWcTgY7HMPwTWoNoZpCrhYaFmyR-jl1HGhY1d>

World Intellectual Property Organization. (o. J.). About WIPO.
<https://www.wipo.int/fr/web/about-wipo>

World Intellectual Property Organization. (o. J.). History of WIPO.
<https://www.wipo.int/fr/web/about-wipo/history>

World Intellectual Property Organization. (o. J.). Introduction to the PCT system.

<https://www.wipo.int/fr/web/pct-system/introduction>

World Intellectual Property Organization Arbitration and Mediation Center. (o. J.). Hintergrund.
<https://www.wipo.int/amc/fr/center/background.html>

World Intellectual Property Organization Arbitration and Mediation Center. (2026). WIPO domain name decisions: News 2026/0001.
https://www.wipo.int/amc/en/domains/news/2026/news_0001.html

World Intellectual Property Organization. (o. J.). Treaties.
<https://www.wipo.int/fr/web/treaties>

World Intellectual Property Organization. (o. J.). PATENTSCOPE.
<https://www.wipo.int/fr/web/patentscope>

Genf - Innovationstreiber der internationalen Zusammenarbeit

Swissinfo. (o. J.). Kann das WEF die Deglobalisierung aufhalten?
<https://www.swissinfo.ch/fre/economie/le-wef-est-il-en-mesure-d-enrayer-la-d%C3%A9mondialisation/47608136>

Weltklimarat (IPCC). (o. J.). About the IPCC.
<https://www.ipcc.ch/about/>

International Science Council. (o. J.). The origins of the IPCC: How the world woke up to climate change.
<https://fr.council.science/blog/the-origins-of-the-ipcc-how-the-world-woke-up-to-climate-change/>

Fondation pour Genève. (2023). Wissenschaftsdiplomatie: eine Chance für Genf (Bulletin). L'Observatoire de la Fondation pour Geneve
https://www.fondationpourgeneve.ch/wp-content/uploads/2023/06/Bulletin-Diplomatie-scientifique_FPG_digital.pdf

Kantonales Amt für Informationssysteme und Digitalisierung (2026), Quantencomputing: eine Zukunftstechnologie verstehen, Geneve numérique
<https://www.ge.ch/actualite/informatique-quantique-comprendre-technologie-avenir-28-01-2026>

UNICEF. (19. Dezember 2023). COVID-19: COVAX endet am 31. Dezember 2023.
<https://www.unicef.fr/article/covid-19-covax-prendra-fin-le-31-decembre-2023/>

Geneva International. (o. J.). Pocken ausrotten.
<https://www.geneve-int.ch/fr/eliminer-la-variole>

Le Monde. (15. Dezember 2005). Die Herausforderung der Impfstoffversorgung in den ärmsten Ländern.
https://www.lemonde.fr/planete/article/2005/12/15/le-defi-des-vaccins-dans-les-pays-les-plus-pauvres_721621_3244.html

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). Über uns.
<https://www.ohchr.org/fr/about-us>

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). Allgemeine regelmässige Überprüfung.
<https://www.ohchr.org/fr/hr-bodies/upr/upr-home>

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). UNO-Menschenrechtsrat.
<https://www.ohchr.org/fr/hr-bodies/hrc/about-council>

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). What we do.
<https://www.ohchr.org/fr/about-us/what-we-do>

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). Wo wir tätig sind.
<https://www.ohchr.org/fr/about-us/where-we-work>

Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights. (o. J.). Reporting violations. https://www.ohchr.org/fr/reporting_violations

Büro der Vereinten Nationen in Genf (2026), Die internationale Gemeinschaft begeht 2026 den 20. Jahrestag der Verabschiedung des Internationalen Übereinkommens zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen.

<https://www.ungeneva.org/fr/news-media/press-release/2026/03/celebrating-20-year-legacy-international-convention-protection-all>

Bussard, S. (2026, 13. März), Der Menschenrechtsrat – Forum der Unterdrückten dieser Welt und Brücke zwischen Genf und New York, Le Temps.

<https://www.letemps.ch/monde/le-conseil-des-droits-de-l-homme-forum-des-opprimes-de-la-planete-et-pont-entre-geneve-et-new-york?srsId=AfmBOortTsEYTrG-mwDoPEg3b88jDYncZvIUgcX8xSyOGO-cgfVmAYVfe>

Burkhalter, D. (24. Januar 2026), Der Menschenrechtsrat fordert eine dringende Untersuchung der Repression im Iran, Swissinfo

<https://www.swissinfo.ch/fre/geneve-internationale/le-conseil-des-droits-de-lhomme-exige-une-enqu%C3%aate-urgente-sur-la-r%C3%a9pression-en-iran/90829575>

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten (EDA). (1. Februar 2026). Innovation. <https://www.eda.admin.ch/fr/la-geneve-internationale-innovation>

Le Temps. (2024, 4. Dezember). Das IKRK gibt sich eigene Richtlinien für einen verantwortungsvollen Einsatz künstlicher Intelligenz. <https://www.letemps.ch/cyber/intelligence-artificielle/le-cicr-se-dote-de-ses-propres-directives-pour-une-utilisation-raisonnable-de-l-intelligence-artificielle>

Internationales Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) (6. Oktober 2023). Was Sie über künstliche Intelligenz in bewaffneten Konflikten wissen sollten. <https://www.icrc.org/fr/document/ce-que-vous-devez-savoir-sur-intelligence-artificielle-dans-les-conflits-armes>

BFMTV. (20. Februar 2026). Weniger Hype und weniger Ängste: Die UNO setzt eine Kommission ein, die die menschliche Kontrolle über KI sicherstellen und Schutzvorkehrungen schaffen soll, die ihren Risiken besser Rechnung tragen. https://www.bfmtv.com/tech/intelligence-artificielle/moins-de-battage-et-moins-de-peurs-l-onu-lance-une-commission-pour-assurer-un-controle-humain-de-l-ia-et-mettre-en-place-des-protections-plus-adaptees-a-ses-risques_AD-202602200438.html

Trust Valley. (o. J.). Ökosystem. <https://trustvalley.swiss/ecosysteme/>

Vereinte Nationen. (20. Februar 2025). Weniger Hype und weniger Ängste: Der Generalsekretär kündigt eine Kommission an, die die menschliche Kontrolle über künstliche Intelligenz sicherstellen soll. <https://press.un.org/fr/2025/sgsm22776.doc.htm>

DiploFoundation. (o. J.). AI and diplomacy. <https://www.diplomacy.edu/topics/ai-and-diplomacy/>
Fachhochschule Westschweiz (HES-SO). (o. J.). Swiss AI Center. <https://www.hes-so.ch/swiss-ai-center>

Universitätsspital Genf (HUG). (o. J.). Pôle IA. <https://www.hug.ch/pole-ia>

The Graduate Institute, Genf. (o. J.). Artificial intelligence. <https://www.graduateinstitute.ch/ai>

Akteure, die sich für das Internationale Genf einsetzen

Eidgenössisches Departement für auswärtige Angelegenheiten. (o. J.). Startseite. <https://www.dfae.admin.ch/fr/>

Ständige Vertretung der Schweiz bei der UNO und den anderen internationalen Organisationen in Genf. (o. J.). Startseite. <https://www.mission-geneve.dfae.admin.ch/fr>

Republik und Kanton Genf. (o. J.). Direktion für internationale Angelegenheiten (DAI). <https://www.ge.ch/organisation/dai-direction-affaires-internationales>

Stadt Genf. (o. J.). Dienststelle für Aussenbeziehungen und Kommunikation.

<https://www.geneve.ch/autorites-administration/administration-municipale/secretariat-general/service-relations-externes-communication>

Fondation des immeubles pour les organisations internationales. (o. J.). Startseite.
<https://www.fipoi.ch/>

Centre d'Accueil de la Genève Internationale. (o. J.). Aktuelles.
<https://www.cagi.ch/fr/?jsf=jet-engine:actus&tax=category:13>

Fondation pour l'accueil de la Genève internationale. (o. J.). Startseite.
<https://fagi.org/fr/>

Fondation pour Genève. (o. J.). Startseite.
<https://www.fondationpourgeneve.ch>

Eduki-Stiftung. (o. J.). Startseite.
<https://eduki.ch>

Club Diplomatique de Genève. (o. J.). Startseite.
<https://www.clubdiplomatie.ch>

Cercle international de Genève. (o. J.). Startseite.
<https://www.cercleinternationalgeneve.ch>



Inhalte erstellt von der Fondation pour Genève, 2026

Redaktion: Bénédicte Casaï, mit wertvoller Unterstützung von Aline Da Costa
Layout: Bénédicte Casaï
Externes Korrektorat: Eduki-Stiftung

© Fondation pour Genève, alle Rechte vorbehalten